

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vorort monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,80 M., jährlich 13,50 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Rest des Reichs monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,75 M., halbjährlich 7,30 M., jährlich 14,25 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Für Ausland monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,25 M., halbjährlich 8,25 M., jährlich 16,25 M. (Postgebühren eingeschlossen).

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der kaiserlichen Staatsanwaltschaften Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für den ersten Tag 1,20 M., für den zweiten Tag 0,80 M., für den dritten Tag 0,60 M., für den vierten Tag 0,50 M., für den fünften Tag 0,40 M., für den sechsten Tag 0,35 M., für den siebten Tag 0,30 M., für den achten Tag 0,25 M., für den neunten Tag 0,20 M., für den zehnten Tag 0,15 M., für den elften Tag 0,10 M., für den zwölften Tag 0,08 M., für den dreizehnten Tag 0,06 M., für den vierzehnten Tag 0,05 M., für den fünfzehnten Tag 0,04 M., für den sechzehnten Tag 0,03 M., für den siebenzehnten Tag 0,02 M., für den achtzehnten Tag 0,01 M., für den neunzehnten Tag 0,01 M., für den zwanzigsten Tag 0,01 M.

Nr. 468

Donnerstag, den 7. Oktober

1920

Cyrano-Napoleon-Tartarin

Von
Ehr. Weik - Leipzig.

Die Not unseres Vaterlandes hat einen Grad erreicht, der die Existenz der Volksgemeinschaft ernsthaft bedroht. Liegen die Wurzeln dieser Not auch allgemein in dem verlorenen Krieg, so liegt ihre Verewigung doch in dem Pakt von Versailles; und die Steigerung bis zur Unerträglichkeit, bis zum Zusammenbruch, ist die Frucht des eisernen Willens Frankreichs, die Erfüllung des Vertrages bis zum letzten Punkt zu erzwingen. San Remo, Spa, St. Germain, Brüssel: die Bedenken der Ententegegner, die Hinweise auf die Gefahr für Europa verstummten immer wieder vor der Unerbittlichkeit Frankreichs.

Es ist es selbstverständlich, daß mit jedem Tage mehr die französische Politik zur Betrachtung herausfordert. Neben der Frage nach den Ursachen ist es eine wichtigere, die sich uns aufdrängt: Aus welchen Quellen schöpft eine immerhin kleine und außerdem durch den langen Krieg geschwächte Nation diese — geben wir es zu — imponierende Kraft?

Die Nationalisten und ihre Blätter haben es leicht: für sie liegen die Rollen der französischen Politik im unverminderten Maß gegen Deutschland, im Siegerwahnsinn und Rachedurst. Da gerade Frankreich es ist, das sich gegen jede Erleichterung unserer Lage sperrt, da wir an allen französischen Handlungen ein großes Weimark von Hohn und Schikanen bemerken, hat die Darstellung der deutschen Vergeltungsprediger für die größere Masse des deutschen Bürgertums schlagende Beweiskraft. Aber auch von den ruhigeren Betrachtenden und selbst von den Rufnern nach Ausföhrung sind viele irre geworden in ihrem Glauben, daß es nicht in der Hauptfache Vernichtungswille ist, was die Franzosen zu ihrer Anechtungspolitik treibt. Angesichts so vieler unnützer Maßnahmen, im Hinblick auf die Hofflosigkeit, mit der die Pariser Regierung dem Wiederaufbau Europas entgegensteht, ist solche Unsicherheit bei der Beurteilung der Pariser Politik erklärlich. Sind doch selbst jene ädel daran, die von dem französischen Volk, von den Nachkommen der Männer, die die große und viele kleinen Revolutionen gemacht haben, Anspruch gegen eine Gewaltspolitik erwarteten. Freiheit ist Freiheit, meinen einmal die blaffen deutschen Träumer, der Begriff bleibt der gleiche, ob es sich um die Freiheit des eigenen, oder eines fremden Volkes handelt. Solche Anschauungen sind deutsch und ehrenhaft, aber weisfremd, zum mindesten franzosenfremd. Wie schon die freiheitsberaubten Kämpfer der großen Revolution die eigene Freiheit der Cloire de la Patrie unterworfen, so auch jetzt die Masse der Enkel. Auch in Frankreich kritisiert und verurteilt man es heute, wenn irgendwo ein Volkchen in Ketten schmachtet; aber nur, falls diese Ketten nicht aus der französischen Schmiede stammen.

Dieses gewaltige Nationalgefühl, das bewußt oder unbewußt in jedem Franzosen liegt, ist die Kraftquelle der französischen Politik. Nicht in dem Sinne, und nicht zu dem Zweck, den die deutschen Revolverredner so billig nennen: Auslösen von Siegerwahn, Raubgier und Brutalität. — Nicht als Selbstzweck, nein, nur als Kraft, die das von klugen Politikern gemachte, von ersten Staatsmännern geleitete Instrument vorwärtsführt. Ob Demokrat, Sozialist, Kommunist: das bestimmt wohl den Grad der Neugier, nicht aber das Vorhandensein des Nationalstolzes. Ein kleines Beispiel: Ich war 1918 viel mit Franzosen zusammen, monatlang besonders mit einem jugeligen, aber bewanderten Juristen. Der Mann war weder Kommunist und nur drei deutsche Sozialisten erkannte er an: Liebknecht, Eisner, die Luxemburg. Sein Haß auf den Krieg war groß, sein Evangelium die Ausföhrung Deutschlands mit Rußland, Frankreich mit Deutschland. Höchstselbst wollte er für dieses Ziel drei Männer töten, die für ihn Verbrecher waren: Wilhelm II (!), Lloyd George und Clemenceau. Als er nun wieder einmal die drei gemordet hatte, zog ich das Pariser Journal aus der Tasche und erwähnte ganz nebenbei, daß es eine Rede Clemenceaus enthalte. Der Gesagene hatte seit zwei Jahren keine französische Zeitung erblendet; jetzt röteten sich seine Wangen und als er die Rede las, jenen wundervollen Appell an die Söhne des Vaterlandes (März 1918, die Deutschen schossen bis Paris), voller Phrasen wohl, aber voller Phrasen von edlem Schwung und glänzendster Vaterlandsliebe, Erinnerungen an die ruhmreiche Geschichte, das Wort von Freiheit der Grande Nation oder Untergang —, da leuchteten die Augen meines Franzosen: es hatte ihn! Der Versuch bestätigte meine Ansicht, und als ich ihm später das Experiment eingeliefert, war er zwar betroffen, aber örtlich genug, zu sagen: Clemenceau ist zu hassen, aber nicht, wenn er Frankreich lobt, denn die Nation ist gut! Der Mann wurde endlich in Lyon wegen kommunistischer Umtriebe ins Gefängnis gesteckt: findet man in Deutschland Männer, die ihre sozialistischen und kommunistischen Ideen, die selbst ein internationales Bekenntnis so nationalbewußt durchführen? In Deutschland nicht es höchstens so weit, daß in Nachrufen für sozialistische Männer gelegentlich mal erwähnt wird, der Verstorbene entstamme einer Familie, die seit ein-, zwei- oder dreihundert Jahren hier oder dort ansässig sei. Ist das im Grunde auch das Gleiche, so ist der Ausdruck des Stolzes, einem besonderen Volke anzugehören (la grande Nation), doch ein gewaltiges Gut für die Staatsmänner des betreffenden Landes.

Frankreich nun hat Männer, die dieses Gut geschickt für ihre Politik anwenden. Wir beneideten im Kriege England um Lloyd George, — er hat in Millerand seinen Meister gefunden. Mit einer Gradlinigkeit, die etwas Faszinierendes an sich hat, steuert dieser Mann seinen Kurs, der das Ziel hat des großen, Europa beherrschenden Frankreichs, eines Frankreichs der Macht, des Glanzes und des Reichtums. Freilich, es ist eine imperialistische Politik vergangener Größe und Jahrhunderte, und es ist sehr die Frage, ob Millerand nicht an den Kräfte an aus der Tiefe der Völker schöpfen wird, die er be-

Der Prozeß des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident als Kläger

Freksa nimmt seine Vorwürfe zurück — Einstellung des Verfahrens.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 6. Oktober.

Vor dem Münchener Geschworenengericht heute die Verteidigung des Reichspräsidenten Ebert zur Verhandlung. Auf Antrag des Reichspräsidenten hat die Staatsanwaltschaft gegen den Schriftsteller Friedrich Freksa öffentliche Anklage erhoben und der Reichspräsident hat sich als Nebenkläger der Anklage angeschlossen. Er wird durch den früheren Staatssekretär und jetzigen demokratischen Abgeordneten Rechtsanwalt Konrad Haumann vertreten. Gegenstand der Klage selbst die Nummer des Wuppertaler „Phosphor“, das der Angeklagte Friedrich Freksa verantwortlich zeichnete. Das Wuppertal brachte eine Sondernummer heraus, die sich ausschließlich mit dem Reichspräsidenten und insbesondere seinem Privatleben beschäftigte. Der Reichspräsident ist in dieser Nummer als Trunkenbold und Besucher von Nachtlokalen dargestellt. In der Voruntersuchung hatte der Angeklagte Freksa den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten versucht, daß der Reichspräsident zu den häufigen, mindestens aber zu den Besuchern gehört. Die häufiger die „Colibri-Bar“ in der Köpenicker Straße in Berlin aufsuchen. Der Geschworenengericht der Bar sowie die Kellner haben aber in der Voruntersuchung bereits das Gegenteil ausgesagt. Auch Frau Ebert wird in einem Wuppertaler Bild „Frau Ebert lernt reiten“ verhöhnt.

Freksa, dessen bürgerlicher Name Kurt Friedrich ist, betonte, daß er verzichtet müßte, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, da sie viele in amtlicher Stellung befänden und Gefahr liefen, sie zu verlieren. Die Anklage sei ein republikanischer Majestätsbeleidigungsprozeß.

Als erster Zeuge wurde Ministerialdirektor Dr. Meißner, der Chef des Bureaus des Reichspräsidenten, vernommen. Er erklärte, er sei seit 1 1/2 Jahren aus dem Amtsdienst mit dem Reichspräsidenten beurlaubt worden und selbstem Rede er mit dem Reichspräsidenten in enger Fühlung. Das ganze Leben des Reichspräsidenten spiele sich vor den Augen des Bureaus ab. Der Zeuge sei über jeden Ausgange des Präsidenten unterrichtet. Es gehe beim Reichspräsidenten alles sehr einfach her. Wenn keine Gäste im Hause sind, wird nur Mineralwasser getrunken. Sind Diplomaten anwesend, so kommen nur zwei Sorten Wein auf den Tisch. Auch dann ist das Essen überaus einfach. Der Reichspräsident hat, so lange er der Regierung angehört, kein öffentliches Lokal besucht. Der Reichspräsident lebt lediglich manchmal in das Haus der deutschen Gesellschaft von 1914 und trifft sich dort mit Politikern. Auf die Frage des Reichspräsidenten Konrad Haumann ob er bestätigt der Zeuge, daß er schon der alten Regierung angehört habe, nicht Sozialdemokrat sei und auch der Sozialdemokratischen Partei nicht nahestehe.

Der nächste Zeuge ist der Hausinspektor des Reichspräsidenten, Tappe, ein alter Beamter, der schon unter Fürst Bismarck und unter Reichsmann Hollweg in der Reichspräsidentenkanzlei tätig gewesen ist. Der Zeuge erklärte, daß er beim Reichspräsidenten Keller und Küche vermisst. Jede Flasche Wein gebe durch seine Hände. Der Haushalt sei ein ganz einfacher bürgerlicher. Der Zeuge erklärte, daß er stets jungens sei, bis der letzte Rest das Haus verlassen habe, und er könne behaupten, daß Herr Ebert nie angegriffen oder auch nur angeheult gewesen sei. Ebenso erklärte der Zeuge, daß es ausgeschlossen sei, daß der Reichspräsident ein öffentliches Lokal aufgesucht hätte. Ein Kriminalbeamter holt den Reichspräsidenten zu und von jedem Ausgange ab. Der nächste Zeuge war der Geschäftsführer der Colibri-Bar, Koss. Er weiß nur, daß eines Tages ein Herr erschienen, der sich erkundigte, ob Herr Ebert in der Bar gewesen sei. Da habe ihm das Personal erzählt, daß im August 1919 der Herr Reichspräsident mit 5-6 Herren, darunter Reichshausier Bauer, dort gewesen wäre und gegest hätte. Außerdem wurde gesagt, daß Herr Ebert von den Gästen am Nebentisch als Ebert angesprochen worden sei. Die Verteidigung glaubt beantragen zu müssen, daß die Gewährsmänner dieses Zeugen geladen werden. Der Vorsitzende ist der Meinung, daß selbst ein einmaliger Besuch noch nicht

den Vorwurf des Jechens begründe, auch wenn der Reichspräsident wirklich einmal in der Colibri-Bar gewesen wäre und ein oder zwei Flaschen Sekt getrunken hätte. Im übrigen glaubt der Vorsitzende, daß auch der Vorwurf der Trunksucht vollständig widerlegt sei und regt den üblichen Vergleich an. Rechtsanwalt Konrad Haumann erklärt irgendeinen Vergleich für ausgeschlossen, so lange der Angeklagte überhaupt behauptet, daß Herr Ebert in der Colibri-Bar gewesen und betrunken gewesen sei. Staatsanwalt Jahn rät dem Angeklagten nunmehr, durch eine mündliche Erklärung auf Grund der heutigen willkürlichen Beweisaufnahme seine Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen und die Kosten zu übernehmen. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Haumann, erklärt dazu: Wir können uns nur auf eine volle Erhebung einstellen, die vollständig die Unrichtigkeit der Behauptungen einräumt. Den guten Glauben wollen wir dem Herrn Angeklagten gern lassen. Der Angeklagte gibt dann nach einer Besprechung folgende Erklärung ab: 1. Auf Grund der heutigen Beweisaufnahme habe ich mich davon überzeugt, daß die in der Nummer 2 des „Phosphor“ vom 12. Januar 1920 gegen den Herrn Reichspräsidenten erhobenen Vorwürfe der Trunksucht und des Besuches unzüchtiger Lokale objektiv unrichtig sind. 2. Den Vorwurf einer Bestechung durch das Ausland oder einer Bestechlichkeit habe ich dem Herrn Reichspräsidenten nicht machen wollen. 3. Ich nehme diese Vorwürfe gegen Herrn Ebert, deren Uebermittlung ich Übeln gesehnt habe, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. 4. Ich verpflichte mich, die Kosten des Verfahrens einschließlich der gesetzlichen Kosten des Nebenklägers zu übernehmen.

Rechtsanwalt Konrad Haumann sagte: Diese Erklärung und die Abkündigung des Herrn Angeklagten, es handle sich um einen republikanischen Majestätsbeleidigungsprozeß, geben mir Anlaß, auszusprechen, daß der Herr Reichspräsident nur seine bürgerliche Ehre schützen wollte und im öffentlichen Interesse schützen mußte. Nachdem dieser Zweck durch die Beweisaufnahme und die Erklärung des Herrn Angeklagten erfüllt ist, kann der Herr Reichspräsident den Grundfaß „Gajellen dürfen nicht geniert werden“ gelten lassen. Er nimmt die Anklage zurück und schenkt dem Angeklagten die Strafe. Das Gericht beschließt hierauf die Einstellung des Verfahrens.

Ende des Berliner Heizerstreiks

Berlin, 6. Oktober.

Der Streik der Kohlenheizer im Werk Roßth der südlichen Lichtgitterwerke, der im Hinblick auf den Streik im Zeitungsgewerbe ausgedehnt war, ist beendet, die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen. Die Abende von Strom aus dem Wuppertal Werks erfolgt noch im Laufe des heutigen Abends. Die Arbeitszeit des im Kesselhaus I in Roßth beschäftigten Personals, soweit es unter den Umständen der Verweigerung von Braunkohlenbriketts zu leiden hat (nach Angabe der Arbeiter verursacht die Brikettfeuerung eine solche Stauentwicklung, daß es dem Heizpersonal praktisch unmöglich ist, in den Kesselhaus länger als 8 Stunden zu arbeiten), J. B. Heizer, Schlangenröhren und Kohlenbahnwärter, wird auf 6 Stunden täglich herabgesetzt, solange die durch die Brikettfeuerung verursachten Unbehagen nicht behoben sind. Mit dem Einbau von Entstaubungsanlagen im Kesselhaus I des Werkes Roßth wird unverzüglich begonnen. Der Magistrat hat die hierfür erforderlichen Mittel bereits bewilligt.

Einstellung der Berliner Zeitungen

(Drahtbericht.)

Berlin, 6. Oktober.

In einer Mitteilung des Vereins großstädtischer Zeitungserleger heißt es am Schluß:

„Da das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhält, sehen sich die Berliner Zeitungserleger zur Entlassung ihres gewerkschaftlichen Personals gezwungen und die Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht erscheinen.“

zwingen will, wie seine Vorgänger an der militärischen Gewalt der anderen Völker gescheitert sind. Sei es, wie es sei: Frankreichs Politik im eigenen Lande, in Ungarn, Polen und dem Balkan hat bei mancher Schlappe doch genug Erfolge gehabt, hat genug die Trikolore bekränzt, daß auch die Gegner jeder imperialistischen Politik noch immer rechtzeitig geschwiegen haben, oder doch einflusslos geblieben sind.

Kurz läßt sich diese Politik folgendermaßen skizzieren: Clemenceaus Abhängigkeit von England mußte beseitigt werden, sonst wäre Frankreich Staat zweiten Ranges geblieben; auch wollte Frankreich nicht in den Plan Englands willigen, Amerika zu isolieren. So wurde der Tiger nicht Präsident. Frankreich braucht bei seinem Bestreben, von England unabhängig zu werden, durchaus nicht in Gegensatz zu den Briten zu geraten: Englands Sorgen liegen wo anders und außerdem ist Frankreich der Kämpfer gegen den Bolschewismus. Diesem Zweck gilt die Stärkung Polens und Ungarns; in ihm ist der Grund enthalten für die Kritik an Stöcklts Arbeiterfreundlichkeit. Deutschland ist für Millerand und die Franzosen zwar niedergebrosen, jedoch nicht dauernd gelähmt; man will uns nicht vernichten, jedoch so schwächen, daß wir für lange Jahre lahm und kraftlos bleiben. Deshalb die Unerbittlichkeit in Fragen des Vertrages und die Verweigerung der Festsetzung bestimmter Entschädigungsansprüche. Deutschland soll arbeiten und leiden, damit es nicht wieder erstarbt; seine Arbeit soll Frankreich zugute kommen. Nebenbei fñhrt man noch den Heldenakt, raffelt mit dem Säbel und besetzt deutsches Gebiet. Das ist Müßiggang für die französische Volksseele. Und weil man doch nie wissen kann, was wird, sucht man Bundesgenossen, Gegner Deutschlands; das belgische Vändnis, die Stärkung Polens, die Arbeit in Ungarn; die bayerischen und rheinischen Pläne dienen alle diesem Zweck: dauernde Lahmlegung Deutschlands, Vorherrschaft Frankreichs in ganz Europa. So muß Frankreich schon gezwungenermaßen den Anblick Österreichs an Deutschland verhindern, selbst an Süddeutschland, denn die Lösung des Sädens ist eine zu ungewisse Spekulation.

Es läge nun nahe, anzunehmen, daß England die Führung der europäischen Politik nicht dauernd Frankreich überlassen wird, besonders nicht, wenn seine irischen und indischen Schmerzen einmal behoben sind. Das ist richtig, aber Frankreich kennt die weltwirtschaftlichen Gegensätze zwischen England und Amerika. Den Zug Englands mit der Erneuerung des japanischen Bündnisses beantwortete Amerika mit großen Rüstungen und mit einer Rückenstärkung Frankreichs. Millerand kann somit austrumpfen und Frankreich steht seinen großen Tag bestimmt dann, wenn die Gegensätze zwischen Amerika und England einmal ausgetragen werden. (Das bei solchen Weltverhältnissen des Völkerverband eine Farce ist, sei nur nebenbei erwähnt.)

Unser Los ist fraglich: nähern wir uns England, tritt Frankreich noch tyrannischer auf, denn es überwacht nichttraulich jede kleine Handlung. Versuchen wir, mit Frankreich überein zu kommen, geht das nur durch dauernde Unterordnung. Nur so sind die Worte des Ministerpräsidenten Leagues an unigen Volksherrscher Mayer zu verstehen, aus denen die ewigen deutschen Optimisten schon wieder Beförderung der Beziehungen herausphantasieren. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Verpflichtungen nach Möglichkeit nachzukommen, eine friedliche Politik beizubehalten und der Gemüht zu leben, daß die unerhörten Machtpläne der Franzosen, so konsequent und klug sie auch gesponnen sind, wenn nicht an imperialistischen Konflikten, so doch an der Ueberlebtheit der imperialistischen Weltanschauung vor ihrer Erfüllung zerbrechen werden.

Daran aber, daß der Anstoß dazu vom französischen Volke ausgehen könne, glaube keiner. Millerand empfangt jetzt allmähentlich die Auslandsredakteure der großen Zeitungen und gibt ihnen Richtlinien, nach denen sie ihre bombastischen und klingenden Tiraden dichten sollen. Die Staatsmänner aus Napoleons Schule, die überempfindlichen Militärs und eifrig Offiziere vom Schlage Encaos und die Tartarins der Presse: sie wirken zusammen, und willenlos folgt ihnen das Volk, geschmeichelt, empfindlich, machtlos, kühn und rühmredig: die Verkörperung der drei Gestalten aus Geschichte und Dichtung.

Die Sozialisierungsfrage auf dem Berliner Betriebsrätekongress

Berlin, 6. Oktober.

Die zweite Sitzung des Betriebsrätekongresses begann mit einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte. Vertreter kommunistischer Betriebsräte legten scharfen Protest gegen Aufhäufung gestriger Erklärungen zu den Ausführungen des Sowjetvertreeters ein. Nachdem die Geschäftsordnungsdebatte unter wiederholten lärmenden Unterbrechungen etwa eine Stunde gedauert hatte, machte der Vorsitzende Orghmann vom Gewerkschaftsbund den Vorschlag, zur Tagesordnung überzugehen.

Die Opposition beantragte dagegen, die Vorstehenden Aufsichtsräte und Orghmann wegen parteilicher Geschäftsführung abzulehnen. Der Kongress nahm mit großer Mehrheit den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte an und lehnte eine Neuwahl der Vorstehenden ab. Nach kurzer Debatte beschloß der Kongress, einem Vertreter der Arbeiter, und zwar Schmidt-Berlin, das Wort zu erteilen. Dieser schilderte die augenblickliche Lage der Erwerbslosen und verlangte, daß die Arbeitslosenfrage auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt würde, da sonst die Betriebsräte die Arbeitslosen gegen sich haben würden.

Auf Vorschlag Aufsichtsrats wurde dann beschlossen, die Deputation der Erwerbslosen zum Kongress zuzulassen, die Diskussion über das Arbeitslosenproblem aber mit der Aussprache über das Referat Hilferding's zu verbinden.

Um 11 Uhr kam von Reichlin her ein langer

Demonstrationszug von Arbeitslosen,

die vor dem Eingang zur 'Neuen Welt' Aufstellung nahmen. Der Kongress trat in die Aussprache über die beiden gestrigen Referate und über die Wünsche der Erwerbslosen ein. Der erste Redner, Kiel (Bergbau), behandelte insbesondere die Sozialisierung des Bergbaues und die Wege, die zu einer Steigerung der Kohlenförderung beitragen können. Die Unternehmer wollten die Steigerung der Förderung durch eine Vermehrung der Schichtzeit erreichen. Diesen Forderungen müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Das Durchschnittsalter der Bergleute sei nach der Statistik auf etwa 40 Jahre gestiegen. Der Vorrat, die Bergleute wollten nicht mehr leisten, sei in keiner Weise gerechtfertigt. Durch die lange Lebensdauer des Bergmanns seien die Bergleute gesundheitlich so heruntergekommen, daß sie mehr Arbeit nicht leisten können. Der Redner trat für volle Sozialisierung des Bergbaues ein und verlangte, daß die Bergmännchen der Bergarbeiter als wesentliche und mitbestimmende Faktoren bei der Organisierung der Sozialisierung

zugelassen werden. Es sei notwendig, hier in aller Öffentlichkeit vor dem Auslande zu erklären, daß die Bergarbeiter alles tun wollen, was sie zur Wiederherstellung tun können. Aber es könnte von ihnen nicht verlangt werden, daß sie ihre eigenen Kollegen aus der Arbeit verdrängen, nur um den Forderungen des Auslandes Folge zu tun. (Beifall.) Zur Arbeitslosenfrage sagte der Redner, es sei noch viel unheilvolleres Land vorhanden, durch dessen Urbarmachung Arbeitssuchende beschäftigt werden können. Die Lösung müsse lauten: Aufbauen und nicht Zerstreuen! Denn wenn wir die Erträge des gesamten Volkes untergraben, zerfallen wir unter eigene Erzeugnisse.

Haffke-Samburg leitete dar, daß das 17-Milliarden-Defizit der Eisenbahnen nicht auf das Schuldkonto der Eisenbahnen zu setzen sei. Schuld seien vielmehr andere Faktoren, so die ungeheure Steigerung der Preise für Materialien und vor allem die bürokratische Verwaltung. Es sei geradezu ein Schandtal, daß die Verwaltungsbürokratie der Eisenbahn unter dem Druck der militärischen Leitung im Archive die Seele der Eisenbahn, die Sparsamkeit, heranzubringen habe. Auch heute noch werde die Eisenbahn nach rein karrenkrafthafter Gesichtspunkte verwalten. Die Mitwirkung der Betriebsräte zur Abstellung von Mängeln sei einfach zurückgewiesen worden. Schmeier befaßte wurde die Eisenbahn auch dadurch, daß sie

von der Privatindustrie vielfach überfordert

war. Im Bezirk der Eisenbahnleitung Essen sei 2 Millimeter hartes Material benötigt worden. Geleitet worden sei jedoch in einer Stärke von 5 Millimeter. Anstatt dieses unbrauchbaren Material abzulehnen, habe man es auf 2 Millimeter abschleifen lassen, was natürlich erhebliche Kosten verursachte. Auch sei es vorgekommen, daß Privatunternehmer der Eisenbahnverwaltung Leute in Rechnung gestellt haben, die gar nicht tätig waren. In Mitteleuropa habe ein Unternehmer es fertig bekommen, in einem Tunnel, der 2 Meter starke Wände haben sollte, luftleere Räume einzubauen. Das große Defizit der Eisenbahnen sei also daraus zurückzuführen, daß die Eisenbahnen hinsichtlich der Ausgaben als privatwirtschaftliches Unternehmen, hinsichtlich der Einnahmen aber als soziales Unternehmen angesehen wurden. Vor allem sei es notwendig, daß die Leistungen der Privatindustrie für die Eisenbahn viel härter als bisher kontrolliert werden, sei es durch Vorkontrollen, daß Maschinen, die in Privatbetrieben repariert worden waren, schon nach wenigen Tagen die gleichen Mängel zeigten. Wenn die Betriebsräte auf derartige Mißstände aufmerksam machten, dann würden sie einfach durch die Verwaltungsbürokratie unter Hinweis auf das Betriebsratsgesetz zurück-

gewiesen und an die Wand gedrückt. Der Redner trat zum Schluß dafür ein, daß die sogenannten

Doppelgängen in der Beamtenschaft

verschwinden und dann in die dadurch freierwerdenden Stellen Arbeitslose eingesetzt werden.

Schneider-Berlin führt aus: Einzelaktionen der Arbeiter sind nur Zersplitterungen der Kraft. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen gemeinsam dafür sorgen, daß einzelne Aktionen künftig vermieden werden. Es lebe die Massenaktion! Dann spricht Hausding-Ebenroth: Die freien Gewerkschaften sind mit Schuld daran, daß das Kapital sich wieder festigen konnte. Sie haben die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern abgeschafft. Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist unmöglich. Die Erziehung der politischen Macht wird den Arbeitern nicht auf gesetzlichen Grundlagen gelingen, denn diese würden nur eine Fessel. Die Einigung des Proletariats wird nicht auf Kongressen vollzogen, sondern in der Revolution.

Vorsitzender Orghmann teilt mit, daß die vor der Tür stehenden Arbeitslosen nicht eher zufrieden seien, als bis ihre Deputation zum Kongress mit beschließender Stimme teilnehmen dürfe. Eher wollten sie nicht gehen. Der Kongress beschloß darauf,

den Vertretern der Erwerbslosen das Stimmrecht

zu erteilen. Die Kongreßteilnehmer nahmen diesen Beschluß, der letzten Endes eine Einschränkung der Betriebsräte durch die auf der Straße harrende Menge bedeutete, hin, ohne Beifall, und Mißfallensäußerungen laut werden zu lassen. Im weiteren Verlauf der Diskussion machte Müller-Einstadt die Mitteilung, daß der Eingang zum Kongresshof von Beamten der Sicherheitspolizei besetzt sei. (Stürmisches Plaisir.) Die Beamten hätten erklärt, daß sie durch das Bureau des Kongresses hierhergerufen seien. (Leb. Hört, hört!) Brodt (S. P. D.) befragt diese Unterstellung namens der Kongressleitung und schlug die Bildung einer Kommission vor, die mit den Arbeitslosen, die voraussichtlich von ihrer Demonstration im Lustgarten nach der Neuen Welt kommen würden, verhandeln sollte. — Orghmann teilte darauf mit, daß die Sicherheitspolizei bereits abgezogen sei.

Der Vertreter der Landarbeiter Müller aus Mecklenburg führte lebhafteste Klage darüber, daß in Mecklenburg trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und trotz des strengen Verbotes immer noch Tausende russischer Kriegsgesangener und kongreßpolitischer Schächter tätig seien. In demselben Staate erhielten auch die Landarbeiter bedauerliche Mengen von Deputaten, besonders an Korn, das es für sie eine Leibesfülle wäre. Die Hälfte davon der hungernden Stadtbewohner zur Verfügung zu stellen. (Stürmisches Hört, hört.) Er selber erhalte 41 Zentner Korn und wisse nicht, was er damit anfangen solle.

Um 1 1/2 Uhr trat die Mittagspause ein. Als die Kongreßteilnehmer zur Mittagspause den Saal verließen, wurden sie von den dichtgedrängten stehenden Arbeitslosen mit höflichen Zurufen empfangen. Die Sicherheitspolizei beschränkte sich auf einen Detachementdienst in der Nähe der Versammlung, hielt aber eine große Weile auf einem Kraftwagen in Reserve.

In der Nachmittagsung wurde zur Erörterung der zahlreich eingekommenen Anträge eine jeahrgedrehte Kommission gewählt, in der der Opposition vier Sitze eingeräumt sind. In der fortgesetzten Diskussion über die beiden ersten Referate berichtete Hahn-Stuttgart, Bauarbeiter, über die seitens der Stuttgarter Organisation eingeleiteten Maßnahmen zur Vorbereitung der Sozialisierung des Baugewerbes. Die Stuttgarter Organisation der Bauarbeiter hat gegenwärtig einen Plan in Angriff genommen, der die Gründung einer Produktionsgenossenschaft erstrebt, deren Mittel aus Beiträgen der Organisationsmitglieder beschafft werden sollen. Diesem Plane haben die Behörden, die sich bei früheren Plänen der Organisation gegenüber ablehnend verhalten haben, eine moralische Unterstützung zugesagt, wohl aus dem Grunde, weil sie in dieser Produktionsgenossenschaft eine gewichtige Kontrahent für die privaten Bauunternehmer sehen. Es ist unbedingt notwendig, daß nach Sozialisierung des Bergbaues unverzüglich auch

die Sozialisierung des Baugewerbes

vorgenommen wird. Zu diesem Zwecke wären die Zementfabriken und Ziegeleien sowie die großen Bauunternehmer als Gemeingut zu beschlagnehmen. Nur durch die Sozialisierung des Baugewerbes sei eine Behebung der schrecklichen Wohnungsnot möglich. Der Redner schloß mit einem scharfen Protest gegen die Haltung der württembergischen Regierung, die das beschriebene Verlangen der Stuttgarter Bauarbeiterorganisation, die Baukontrollen aus den Reihen der Arbeiterschaft zu nehmen, unbeantwortet gelassen hat.

Dann erhielt mit Zustimmung des ganzen Kongresses das Mitglied des Reichsanstalt der Erwerbslosen Deutschlands Schmidt das Wort, um die Forderungen der Erwerbslosen vorzutragen und zu begründen. Die Erwerbslosen fordern u. a.: 1. Keine Entlassungen, keine Entlassungen. Wo die volle Fortführung des Betriebes nicht möglich ist, soll die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Prüfung der Voraussetzungen hierfür hat durch die Betriebsräte zu erfolgen. 2. Wiedererrichtung der stillgelegten Betriebe. Die zur Weiterführung notwendigen Mittel sind

durch die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der Unternehmer sicherzustellen. Die Verwendung des beschlaggenommenen Kapitals erfolgt unter Mitwirkung der Betriebsräte. 3. Umstellung der Industrie auf die Herstellung von Bedarfsartikeln für die breiten Massen. 4. Maßnahmen zur Feststellung der Absatzmöglichkeiten. 5. Sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. 6. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf den in den Betrieben gezahlten Lohn. 7. Die Rentempfänger sollen denselben Lohn erhalten wie die Arbeiter in den Betrieben. 8. Durchgreifende Fürsorge in demselben Sinne für die Kriegsbeschädigten. 9. Durchgreifende Fürsorge für die Jugend, besonders für die Kinder der Erwerbslosen. 10. Ausreichende Fürsorge für kranke und werdende Mütter.

In der Begründung dieser Forderungen wies Schmidt darauf hin, daß der kommende Winter

das Elend unter den Erwerbslosen

derart verschärfen wird, daß es zur Katastrophe kommen müsse. Wenn das verhindert werden solle, dann müsse jetzt in eine politische Aktion eingetreten werden. Der Betriebsrätekongress müsse sich geschlossen hinter diese Forderungen stellen. Leider habe die Erwerbslosen zu den Betriebsräten nicht viel Vertrauen, da die Betriebsräte fast nichts mehr zu sagen haben, vielmehr den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Solange die Arbeiterschaft sich Betriebsräte gefallen lasse, die mit den Unternehmern die Arbeiterschaft bekämpfen, habe sie nicht das Recht, sich als revolutionär zu bezeichnen. Der Regierung ist eine Menge Material aber ungerechtfertigte Entlassung von Betrieben übergeben worden, ohne daß darauf etwas geschehen sei. Ehe man nicht die Unternehmer aus den Betrieben verjage, werde man nicht zum Wiederarbeiten kommen. Die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sei unbedingt notwendig, da Rußland so viel Rohstoffe liefern könne, um ganz Deutschland wieder aufzubauen. Die Erwerbslosen verzichten gern auf jede Unterstützung, sie wollen nur Arbeit, die die Regierung zu beschaffen aber unfähig sei. Alle Maßnahmen der Regierung seien nur als Palliativmittel zu bezeichnen. Wenn nicht Durchgreifendes zur Bekämpfung der Erwerbslosen geschieht, so werde man es im Winter erleben, daß die Arbeitslosen im ganzen Reich in die Betriebe gehen und die Arbeitenden herausholen, wie es in Berlin geschehen sei. Wir sind, sagte der Redner, zwar nicht der Meinung, daß dadurch die Frage der Erwerbslosenfürsorge gelöst werden kann. Aber die Not werde eben bestimmte Gruppen der Arbeitslosen veranlassen, zu solchen Mitteln zu greifen. Wenn die Betriebsräte nicht ernstlich die Forderungen der Arbeitslosen unterstützen, dann werden diese über den Kopf der Betriebsräte hinweg in die Aktion treten. Um mirakulös die Not der Erwerbslosen zu bekämpfen, müßten die Betriebsräte sich das Recht und die Möglichkeit der Kontrolle der Produktion erkämpfen, und um dieses zu ermöglichen, werde nichts anderes übrig bleiben, als

die Unternehmer aus den Betrieben zu jagen.

Anfangs erwiderte: Der Kongress hat ein warmes Herz und volles Verständnis für die arbeitslosen Kollegen. Wir können ihnen am besten helfen, wenn wir mit einer festen Willensumgebung für die Kontrolle der Produktion auseinandergreifen.

Rudolf Wisseil beantragt dann in seinem Schlußwort, die große Zahl der zu den beiden Referaten eingegangenen Anträge sowie den Antrag der Erwerbslosen dem neu zu wählenden Beirat der Betriebsratsreferate zu überweisen und bestehe nur die Resolutionen der beiden Referate anzunehmen. Viele Anträge enthielten Dinge, die weit über die Kompetenz des Kongresses hinausgingen. Zur Frage der Sozialisierung führte Wisseil aus, daß unter den Arbeitern in der Sozialisationskommission größte Einigkeit darüber herrsche, daß wenn es zu einer allgemeinen Enteignung komme, die Gesamtheit der Besten darunter leiden müßte, daß es aber nicht angehe, einen einzelnen Wirtschaftszweig damit zu belasten, während in einem anderen Wirtschaftszweig die Unternehmer im Besitze der Produktion belassen würden. An eine Lösung des Sozialisierungsproblems könne man dann erst herangehen, wenn die Arbeiterschaft das Maß von wirtschaftlichen Kenntnissen habe, die ihr leider heute noch fehlen. (Sehr richtig!) Die Betriebsräte seien der lebendige Beweis dafür, daß es möglich sei, die Arbeiter zu mitleidender Bestimmung in der Produktion zu erziehen. Man solle sich aber nicht darüber täuschen, daß wir in den nächsten Jahren nur immer Teile der Wirtschaft sozialisieren können. Als vorbereitende Maßnahme aber müsse die Mitbestimmung der Arbeiter in der Produktion zu dem großen Ziele der Sozialisierung führen. (Lebhafter Beifall.)

Hilferding führte in seinem Schlußwort aus, daß mit der Sozialisierung des Bergbaues die Bahn zur Erwerbung der übrigen Produktionsmittel des Kapitals vorbereitet sei. Zur wirksamen Kontrolle der übrigen Industrien müsse man vor allem die großen Schmelzindustrien in der Hand haben. Er sei selbst ein Gegner der Arbeitsgemeinschaft, denn gerade die Grundruder einer Arbeitsgemeinschaft seien heute die schärfsten Gegner in der Sozialisierungsfrage.

Plag

Alles Theater.

Die Unverständlichkeit einer Dichtung beweist nichts für ihren Wert. Auch durch den häufigen Gebrauch anstößiger Worte und Wendungen kann die geistige Bedeutung eines Schriftstellers keineswegs überzeugend dargelegt werden. Ein Theaterstück, das von den meisten Mitmenschen entweder nicht verstanden oder mißverstanden wird, kann trotzdem schlecht sein, und ein Autor, der über dessen Joten sich die einen entrufen, die anderen beifügen, hat damit an und für sich nichts für die Unverständlichkeit getan.

Alle diese Dinge lassen sich auch umkehren und es kommt mir hier auf die Umkehrung an. Unverständlichkeit, die sich aus der inneren Vermittelt eines Schriftstellers ergibt, ist in der Tat höchst unerwünscht. Aber es kann ja auch sein, daß der Dichter etwas vorzubringen hat, was sich nicht im üblichen Wortsinne klar machen läßt. Jetzt sind das Drama den Schicksalsablauf einzelner Menschen der wirklichen Alltagswelt, so wird uns nur ein Tropfen zumuten, Unverständlichkeit für tiefere Bedeutung zu nehmen. Uninteressant ist aber der dramatische Dichter, das Schicksal einer Weltwende auf seiner Bühne durch Sprecher, die Ideensträger sind, in Vorgängen zu zeigen, die von symbolischer Bedeutung überquellen, dann ist die Unverständlichkeit jedes einzelnen Satzes und jeder einzelnen Handlung billigerweise nicht zu erwarten. Ohne Zweifel wird ein philosophisches Gedicht auch in seinen symbolischen Wendungen um Deutlichkeit und Eindringlichkeit bemüht sein müssen. Beicht aber das religiöse Pathos eines Dichters, der als preußischer Friedensheld ein Revolutionsdes Hergens war und in seinen ersten Dichtungen schon solche Revolutionäre des Hergens gefaltet wollte — einen preußischen Offizier und einen preußischen Prinzen, die freilich noch ganz bestimmte Einzelheiten, Preußen, Offiziere und Prinzen waren —, bricht sich das religiöse Pathos eines solchen Dichters Bahn durch das überweltliche Weltkriegsereignis hindurch, um schon in den allerersten Kriegsmomenten die fast realistisch eintreten Kriegsszenen. Vor der Entschlebung ins Mythische zu flüchten, so wird man von den Bekanntheiten seines Weltgefühls nicht eben die verständlichste Klarheit und Erkärlbarkeit systematischer Philosophie erwarten dürfen. In dem Zeugnis der Geschichte mögen andere Werkstätten schlagen! Meine jähenden Gedächtnisse las mich in die Zukunft tragen. Das steht in einer der Szenen, die ich von U n r u h im Oktober 1914 niedergeschrieben hat, und es könnte auch über dem Eingang der Trilogie stehen, mit der er sich nun seit bereits fünf Jahren beschäftigen an den Zeitergebnissen entlang schielte.

So wenig diese Gedächtnisse auch historische Schlüsseldramen oder gar Bekanntheiten zu irgendeiner Art von preußischer Tagespolitik sind, so zeigen sie doch die tiefen und verwickelten Umrisse unserer Tage, gesehen durch das Temperament ihres Verfassers. Der hat vor vier Jahren 'Ein Geschlecht' geschrieben, in diesem Jahre 'Plag' vollendet und denkt in zwei Jahren seine Trilogie mit 'Tanniel' abzuschließen. Es liegt sehr nahe die Vermutung, daß eine religiös-philosophische Kriegs-

und Revolutionsdichtung nicht etwa nach einem im Jahre 1915 fernenwels entworfenen Plane im Jahre 1922 fertig werden wird, und ich glaube nachweisen zu können, daß die Zeitergebnisse der letzten vier Jahre den Verlauf der späteren Handlung — soweit denn von einer äußeren Handlung die Rede sein kann — im zweiten Akt bereits entscheidend beeinflusst haben.

Dieterich, des 'Geschlechtes' jüngster Sohn, wird der Held des 'Plages'. Seiner Brüder einer war gefallen. Einer, der älteste, der aus Willensüberdrehung im Felde zum Gemütsstiller und Frauenschänder wurde, löst sich selbst, ein dritter, der Feige, wie jener von den Soldatenführern zum Tode verurteilt, wird zuletzt freigelassen und als Schredensgenosse der ausländischen Mannschaft nachgeschickt. Der feige Sohn des Geschlechtes, der nicht kämpfen, die Tochter, die nicht gebären will, bedeuten, abstrakt gesprochen, wohl die Verneinung des Willens zum Leben. Des Geschlechtes Mutter, die als Aufwärtlerin erschlagen wurde, und Dieterich, ihr jüngster Sohn, der als Führer der Ausländischen den Platz, den der Gemütsstiller einnehmen will, tragen des Dichters glühende Wünsche in die Zukunft. Die Mutter hat dem Soldatenführer den Stab der Gewalt entzogen, der bei Unruh zu einem großartigen Phallussymbol, einem Sinnbild der Zeugung und der Fruchtbarkeit wird. Es war sein Stab einem kommenden Geschlechte zu, ihn herrlicher zu gebrauchen. Dieterich und Irene erscheinen im zweiten Stück als Stammeltern solchen Geschlechtes. Die Tochter des Geschlechtes, die hier nur als Prolog und Epilog auftritt, spricht zu Dieterich diese letzten Worte: 'Ich liebe tief in das Herz der Welt, da keine Kraft aus neuer Liebe neue Menschen schafft.' Er ist ein neuer Adam, dem die neue Eva jetzt eingefügt als Fleischüberwindung den Einklang seines Geistes wiederab. Dieses Liebeswunder, das die Zweifel des Menschseins wahrhaftig ausstößt zu neuen seelischen Möglichkeiten — nicht nur leiblich-fleischlich und auch nicht nur im Geschlechtsbrauch, was am Ende eine 'Banalität' wäre —, ist die frohe Botschaft des Dichters Unruh schon in den Szenen 'Vor der Entschlebung'. Da beiden uns nicht mehr bewegt, ob wir schon eins, ob wir noch zwei.

Das klingt nun freilich, als ob die Dichtung 'Plag' wesentlich eine Art Liebeswunder sei. In Wahrheit ist das Unruh darin die blutigste und kühnste Zeitsatire geschrieben hat, die bisher gewagt wurde, eine überlebensgroße Satire, die sich nicht auf bestimmte Menschen und nicht auf bestimmte Einrichtungen bezieht, sondern durch sie hindurch über sie hinweg auf das, was war, ist und sein wird.

Graf Gutthaus, ein widerlicher Hampelmann, der Kommandant des Plages, ist die Karikatur der bestehenden Mächte; Christlich-Schleich, ein Zeitsatire, der in den Vorles der weltberührenden Tagesdichtung summiert, Karikatur der Begehrenden. Karikaturen sind auch der Oberherr und der Kreis, mit den Reichsherren die Vertreter der verrottenen herrschenden Mächte. Ihrer aller eigenwilligste Kennzeichen ist

wildeste Weibheit. Die Hofdame Bianca und des Oberherrn eine Tochter hegenzente gehen unter in einem Affenstall voll böser Lüste. Die Fälle der Joten, man erinnere sich anderer einleitenden Worte, ist ein weitestgehendes Mittel des Dichters Unruh, denn sein Plag ist ein Wackberg, auf dem es nicht 'moralischer' als auf Goethes Herantanzplatz zugeht.

Dieterich, der als Führer der Ausländischen den Plag betraf, um den Oberherrn zu stützen, verrät schließlich seine Brüder, um Irene zu retten, des Oberherrn anderer Tochter. Er verrät sie aber, wenn ich den Dichter und Propheten Unruh nur irgend verhehe, durchaus nur scheinbar, mag es auch ihm selber zunächst so scheinen. Er kommt nämlich zu der Erkenntnis, daß er die Macht derer, die oben sind, einzuwirken nur stützen kann, und die Macht derer, die bisher unten waren, anzurufen, und verschmäht diese 'Kinderwitze' der Oberherrn. Anzurufen will er statt dessen den wahren Weltberherrn: Liebesheit, und aus neuer Liebe, neue Menschen schaffen.

Dieses Ziel fand vor Unruh's Augen, seit er aus einem preußischen Dichter zu einem prophetischen, weltumspannenden Dichter wurde. Wandelbar, und also auch weiterhin wieder nicht abgeschlossen, scheint mir seine Beurteilung der Zeitergebnisse. Als der preußische Offizier im Jahre 1916 die Revolution voraus malte, da trug seine ausländische Mannschaft auf ihren Schülern Dieterich, den Helden des 'Plages'. Im Jahre 1920 aber, von Scheitern, dem verfehlenden Revolutions-schieber geführt — verführt, trägt sie 'thronerobieren' den feigen Sohn. Dieterich ist gefesselt als Verräter; Irene weggeschleppt. Unter dem Plage scheint das Heer des Greises aus dem Hinterhalt die Anführer zu empfangen. Dieser Greis, der nicht viel anderes ist, als der Tod, hat vorher böhmisch Dieterichs Brautnacht gezeugt: Was du zeugst, erzeugt mir. Dem Tode also, der Vermegung. Erinnert man sich daran, daß der letzte Teil der Trilogie 'Tanniel' heißen soll, so erscheint ihr Ausgang geradezu dunkel und bedenklich, wie die Zukunft des heute lebenden Geschlechtes.

Ein gewisses, von Tag zu Tag wachsendes Mißtrauen empfinde ich gegen alle, die mit bestimmten Prophezeiungen, mit sicheren Rezepten oder auch nur mit einem fertigen Urteil den Klaffen dieser Zeit gegenüberstehen. Solch Mißtrauen gegen diejenigen, welche es gar zu genau wissen, macht mich dem Dichter Unruh sehr geneigt, der es nicht genau weiß und unser Chaos zeigt in seinem chaotischen Weibheit. Und ich erhalte ihm diese Reizung auch über die Tatsache hinweg, daß er dieses Gedicht für die Bühne bestimmt hat, der es sich auf die Dauer doch verschließt. Dampfen von Symbolik, verschleiert hinter Allegorien, flühen seine Szenen die Bühne mit Weibheit und Gebete und ihr Sinn erschließt sich nur dem, der fortwährend zurückblättern oder eine Denkpause machen kann. Also es ist ein Wahnwitz für Leser, nicht für Zuschauer. Da es aber in diesen Jahren sehr viel mehr eifrige Zuschauer als eifrige Leser gibt, so braucht man vielleicht, um eine Mehrzahl von Menschen zum Lesen zu bringen, auch für solche Dichtungen die Genialität der Bühne, gerade so wie die Bühne dieser Jahre nach Entlassungen hungert. Da in diesen Tagen, fast ein halbes Jahr nach der Frankfurter Urteilsführung das Buch (bei Kurt Wolff in München) erschienen ist, so seien nun wenigstens die Leser darauf hingewiesen.

Donnerstag, 7. Oktober 1920
Zentra
Dr. Strefe
Der 3
am Dienst
kommen
Vorfa
dem Vorfi
Dann
politisch
bet den Wa
solchen Zuk
Partei er
des deutsche
Teil ihres
Partei gem
innerlich ni
tag einen Z
wendet. Ja
Übernahme
Die Be am
den Deut
Regierung
sollten sich
besser die
uns richten
und nicht
sondern ein
live a u d
beitsregieru
Koalitionsg
wenn die D
regierung e
leugnen, da
ber nicht b
Müller mit
kennen, daß
Herr S
politik, wob
Konjunktur
namentlich
In der
ihrer Regie
Wizhanj
der Frachti
gen o n m
Zur Fr
Verstehen
lehr (darf
schließe
Deutschland
schwerer Et
Die Be
geschäftsüb
Konkurrenz
anrufen u
Die W
Zentraloort
solche er
der Demolit
des R
Mürganer
kralische P
dem Wahl
Nationalist
spricht. Die
nicht ledig
auch schäd
Politik ein
wickl, und
nach der R
Etwas
Deutschl
hat. Er be
teiligung d
amienchaft
Was a
Deklamation
den aber, d
waren. De
bat, so gut
Durch
jagen sich
elieren Be
kommen des
hängenden
Sohne (W
und wie ein
dem Traum
Männliche
Seine Stim
Ton a, d
nicht. Treu
menschen.
nen Chlöse
sie sie spiel
trag wie In
Die un
Anhängen
Sofdame
Reichsherr
die nächste
der Kreis l
Stimme.
Im un
und Cunt
Empfängl
schreien A
über Ideell
Unterwelt,
föher Conf
eine Güte
schöbe beh
schienen im
von ehigen
Nach verlä
weilauklade
wurde zum
Über die
Abgang b
sch sogar e
waren jedo
bankte dem
Aufgaben r

Gegen den Lebensmittelwucher

Rundgebung der U. S. P. und des Gewerkschaftsbundes.

Am gestrigen Mittwochnachmittag fanden in 15 großen Sälen Leipzig und der Umgebung Versammlungen statt, um gegen den freien Handel, die Wucherpreise der Lebensmittel und gegen die Preissteigerung, die dem schamlosen Wucher untätig zusehe und durch Aufhebung der Zwangswirtschaft unterhalte, zu protestieren.

Im Volkshaus war der Große Saal schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Stadtratsmitglied Scheib als Referent hielt seinen Vortrag auf die Verhinderung der Rationalisierung auf, die ferner dem deutschen Volke Frieden, Freiheit und Brot versprochen habe. Frieden hätten wir auch heute noch, und mit der Freiheit sei es schlechter bestellt denn je. Zum Schluß kam er dann ausführlich auf die Lebensmittelversorgung zu sprechen. Wir hätten jetzt einen Reichstag und eine neue Regierung, die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlimmert sich aber von Tag zu Tag. Die Deutsche Volkspartei sei längst in die Regierung eingezogen, bis heute habe sie jedoch noch kein einziges ihrer Versprechen eingelöst. Der Arbeiterstaat, insbesondere der Bergarbeiter, könne man jetzt nicht mehr den Vorwurf der Arbeitslosigkeit machen, denn Frankreich verfüge über größere Mengen Kohle, als es verbrauchen könne. Lediglich die Regierung treffe die Verantwortung für die gegenwärtigen unerfreulichen Verhältnisse und insbesondere die Deutsche Volkspartei, die durch Aufhebung der Zwangswirtschaft dem Wucher und Schieberlumpen wieder freies Spiel gegeben habe.

Der Redner legte alsdann die folgende Entschliessung vor: Die am 4. Oktober tagende Versammlung erhebt förmlichen Protest gegen die unbeschriebenen Wucherpreise, die für die notwendigen Lebensmittel der breiten Masse des Volkes, in besonderem für die Arbeiter, verhängnisvoll sind.

In der schamlosen Kapitalverwertung des Volkes durch die Lebensmittelwucherer erkennen die Versammelten einen Ausdruck des Bankrotts der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der es den verarmten Massen immer schwerer fällt, die Existenz ausreißend mit preiswerten Lebensmitteln zu verdienen.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft führt die verheerenden Wirkungen zu bringen, in der Zeit manchen Anspruchs von Nahrungsmitteleinzelhandel zur Förderung des schamlosen Wuchers der Agrarier. Die Behauptung der Ermäßigung für die Besten, der ärmeren Bevölkerung die Lebensmittel wegzunehmen.

Die Versammlung fordert von der Reichsregierung Milderung des Ruch der freien Handels, bis dahin fortwährende Bestimmung eines höheren Höchstpreises für Brot, Getreide und Fleisch. Die Gemeinden werden aufgefordert, diese Forderungen nachdrücklich zu unterstützen.

Die Versammlung hat sich darüber einig, daß der kapitalistischen Wucherpolitik nur durch die vollständige Abschaffung der Zwangswirtschaft und durch die vollständige Verteilung der Lebensmittel ein Ende bereitet werden kann. Daher beschließen die Versammelten, alles zu tun, um die vollständige Abschaffung der Zwangswirtschaft zu erreichen, damit die vollständige Verteilung der Lebensmittel und der vollständigen Verteilung der Lebensmittel.

Bei der Abstimmung über die Entschliessung ließ sich kein genaues Bild über das Ergebnis gewinnen, obwohl die Abstimmung wiederholt wurde. Vor der Abstimmung erhielt der kommunistische Redakteur Schumann das Wort, der sich heftig gegen die Annahme der Entschliessung wandte, weil man mit Witz bei der Regierung doch nicht weiterkomme. Er forderte die Unabhängigen und Kommunisten zur gemeinsamen Aktion und zur Wahl von professionellen Arbeiterräten auf und legte eine in diesem Sinne gehaltene Entschliessung vor. Das Ergebnis der Abstimmung war wieder zweifelhaft. Es ergab eigentlich nur, daß ebenfalls Unabhängige wie Kommunisten erschienen waren. Jede der beiden Parteien behauptete, daß sie in der Mehrheit bei der Abstimmung gewesen sei.

Schließlich wurde noch eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Hennhardt (Bezirksauswärtiger), H. Seidel (Stadtratsmitglied), Schilling (Gewerkschaftsbund), W. Klein und Sellmann als Sachverständigen der Kommunisten, die mit dem höchsten Ernährungsausschuß verhandeln sollte. Dorthin begaben sich auch die Tausende von Versammlungsteilnehmern in langen Demonstrationen. Inzwischen wurde die Zwangswirtschaft aufgehoben.

In der im Großen Saal des Zoologischen Gartens abgehaltenen, außerordentlich stark besetzten Protestversammlung referierte Genosse Koffel, er habe etwa folgendes angedeutet: Der Grund einer vollständigsten Politik sei die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung; davon sei aber bei dem gegenwärtigen Wucher nichts zu bemerken. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft verleihe notwendig die Preise ins Unermessliche und begrünne den Wucher. Die Behauptung, daß die einsetzende Konkurrenz die Preise herabsetzen werde, sei falsch, da eine Konkurrenz gar nicht möglich sei und durch Deutschlands Verschuldung und die Entwertung des Geldes von einer Einfuhr keine Rede sein könne. Es müsse also schärfer Protest gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Fleisch- und Kartoffelversorgung und gegen den Lebensmittelwucher erhoben werden, um so mehr, als das Brot durch den Zufuhr von 50 Prozent Strohmitteln ungenügend sei.

Der hierauf der Versammlung vorgelegte Antrag, eine Verhandlungskommission einzusetzen und die vorgelegte, von uns bereits oben erwähnte Entschliessung wurden einstimmig angenommen. Die Teilnehmer der Versammlung ordneten sich nach

Schluß derselben in einem Demonstrationszug und bewegten sich geschlossen an die Promenade nach dem Rathaus, wo die Vereinigung mit den aus anderen Lokalen kommenden Massen erfolgte.

Publikum. Der Buchhändler Georg Hartmann aus Chemnitz lebte am 30. Sept. im hiesigen Jubiläum bei der Firma Gust. Hübner, Leipzig. — Am 1. Okt. vor 25 Jahren war der verheiratete Buchhändler in Leipzig geboren. In Leipzig hat er seinen Wohnsitz und hat dort seine Tätigkeit ausgeübt. Mit ihm auch zugleich der Hausvater, Herr Oscar Müller. Er übernahm nach Fertigstellung des neuen großen Verwaltungsgebäudes in der Leipziger Str. und am 1. Oktober dort den gleichen Posten und konnte somit auf eine glänzende Tätigkeit zurückblicken. Der Jubilar wurde an seinem Geburtstag in feiner Wohnung von den Spitzen des Rathes und der Beamten, sowie von seinen Kollegen beglückwünscht und reich bedacht.

Trene im Dienst. Der Osterröcher Volkmar Rind bei der Osterröcher Leipzig-Wapertischer Dienstadt, konnte das festsche Jubiläum einer vierzigjährigen Dienstadt bei der Staatsbahn begehen.

Verkehrshilfe. Die Annahme von Gütern und Frachtposten nach noch Elisch-Lothringen über Dillingen-Neudorf ist bis auf weiteres eingestellt.

Die unglückliche Verbindung München-Berlin. Da die den Landesregierung München-Stuttgart-Berlin benutzenden Reisenden nach Leipzig und darüber hinaus jetzt in Rannung und Corbeia in Personenzüge umsteigen müssen, in Leipzig aber einen von Halle kommenden Schnellzug erreichen, wurde die Eisenbahngesellschaft in Dresden von der Dresdener Handelskammer ersucht, zu veranlassen, daß die Fahrkarten von Süddeutschland über Nürnberg nach Leipzig und darüber hinaus auch über Halle benutzt werden oder daß besondere Karten über Halle ausgeben werden.

Herabsetzung der Jänholzpreise? Das Reichswirtschaftsministerium hat mit der Jänholzindustrie Verhandlungen über die Ermäßigung der Jänholzpreise eingeleitet.

Was der Beamtenbewegung. Am 3. Oktober fand in Leipzig ein Landesgruppenrat der Fachgruppe Gemeindefunktionäre des Bundes der technischen Angestellten und Beamten statt. Die Tagesordnung umfaßte u. a. auch mit der Frage der Beamtenrechte, der Besoldungsform, sowie der allgemeinen Wirtschaftslage und dem Abbau der Löhne und Gehälter. In der Frage der Beamtenrechte wurde etwa folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die technischen Gemeindefunktionäre fühlen sich als Glied der deutschen Beamtenenschaft und sind entschlossen, mit allen Mitteln einseitiger Abwehr, die Aufrechterhaltung der Beamtenchaft bei der Bearbeitung des Entwurfs zu einem Beamtenratsgesetz zu unterstützen. Die technischen Gemeindefunktionäre fordern Beamtenräte mit weitgehendstem Mitbestimmungsrecht, direktem Wahlverfahren mit Verschlussschlüssel der Gemeindefunktionen und Schlichtungsstellen, getragen von dem Vertrauen der Beschäftigten. — Zum Lohnabau fand eine weitere Entschliessung Annahme, in der es u. a. heißt: Die am 3. Oktober 1920 in Leipzig tagende Landeskonferenz der im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Gemeindefunktionäre protestieren entschieden gegen den Entwurf des Abbaus der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in den Gemeinden. Sie stellen vielmehr fest, daß die Anpassung der Gehälter an die veränderte Lebenshaltung noch nicht erfolgt ist, daß auch nach den Feststellungen des Untersuchungsamtes für produktive Erwerbslosenfürsorge des Reichswirtschaftsrates die hohen Warenpreise nicht auf die gesteigerten Löhne und Gehälter, sondern auf die hohen Rohstoffpreise und Fabrikations- und Handelspreise zurückzuführen sind.

Geldliche Gemeinnützigkeit. In den weiteren Jahrgängen der 2. Kruppelhilfe-Geldblätter sind folgende Nummern mit größeren Gemeinnützigkeiten versehen worden: Nr. 99707 — 25 000 M. nach Leipzig, Nr. 117472 — 5000 M., Nr. 105609 — 1000 M., 65368, 197175 je 500 M., 49153, 75398, 98558, 101848, 120021, 130153, 130402, 164400, 183209, 194030 je 200 M., 19857, 25061, 35578, 47068, 47743, 58531, 61927, 73489, 80035, 89014, 87939, 88075, 89028, 100337, 107714, 112354, 113282, 115978, 130334, 134505, 140872, 156074, 163612, 168090, 189298, 191374, 199038 je 100 M. Die Prämie von 75 000 M. fiel auf Nr. 66395 mit einem Gewinn von 5 M. (Ohne Gewähr.)

Zu dem Aufstande bei Wurzen erfahren wir noch, daß sich das Unglück auf der Dresdener Landstraße zwischen den Orten Luppä und Röhren ereignet hat. Der Personenkraftwagen fuhr an einer Straßenkrümmung mit ganzer Geschwindigkeit an einem Baum. Der Führer des Autos, wie schon gemeldet, ein Leipziger Geschäftsinhaber, wurde dabei von seinem Orte geschleudert. Ein Schädeldruck setzte seinem Leben ein jähes Ende. Der Wagen, der von insgesamt drei Ehepaaren aus Leipzig besetzt war, kam von Dresden her. Außer einem zweiten Herrn, der leicht verletzt wurde, ist niemand zu Schaden gekommen.

Ein neues Schiffschiffhaus in Leipzig geht seiner Vollendung entgegen. Das seit längerer Zeit freistehende Abootergelände am Durchgang von der Wagnerstraße 12 nach der Büchsenstraße gab der Direktion der L.-T.-Schiffahrt die Veranlassung, im Süden Leipzigs ein Zweigunternehmen ins Leben zu rufen, das allen Ansprüchen der Gegenwart genügen dürfte. Das neue Theater enthält 800 Sitzplätze, geräumiges Vorzimmer, Rang mit Louben und verdecktes Orchester. Die gesamte technische und künstlerische Ausstattung wurde von Leipziger Firmen

befragt. Der Projektionsapparat ist das neueste Modell der Anamorphographenfirma Joh. Köhler, die Installation übernahm E. Jensch & Co. aus, während der Kunstschleifer Gust. Drechsler und Dekorationsmaler Reinhold die geschmackvoll gehaltenen Innenausstattungen übertrug. Die wir oben, soll das neue Schiffschiffhaus am 2. Oktober eröffnet werden.

Wieder ein Raubüberfall am hellen Tage

Eine besser Bräutigam!

Ein 19-jähriger Arbeiter aus L.-Lindenan hatte mit zwei gleichgestellten Kollegen, zwei Brüdern im Alter von 15 und 17 Jahren, ebenfalls aus L.-Lindenan, den Entschluß gefaßt, seine eigene Braut, eine Kontoristin, die wöchentlich zu bestimmten Zeiten für ihre Arbeitgeber größere Geldsummen von einem Bankpostamt zu übergeben und ihr das Geld zu rauben. Gewissenlos hatten die drei Brüder unter Führung des Bräutigams mehrere Pläne für den Raubüberfall entworfen; für den Fall, daß die Ausführung des einen nicht glückte, sollte der andere Plan ausgeführt werden. Am 1. d. M. in der Mittagszeit traf sich das Trio auf dem Lindenaner Markt und wartete, bis die Kontoristin erschien. Als sie mit dem Gelde in einer Kasse aus dem Bankgeschäft heraustrat, wurde sie von ihrem Bräutigam ganz harmlos begrüßt, während sich seine Komplizen nach der Bankstraße, in deren Nähe sich ihre Arbeitsstelle befindet, aufmachten, um das Mädchen dort zu empfangen. Einer der beiden Brüder kam dem Mädchen entgegen und versuchte, die Erbschneiderei die Kasse aus der Hand zu reißen. Dies gelang ihm jedoch nicht, und er ergriff, als die Überfallene laut zu schreien anfing, schleunigst die Flucht. Ihr lebenswüthiger Bräutigam und sein zweiter Genosse hatten sich den Verlauf der Sache wohlwollend aus ausdauernder Entfernung mit angesehen und waren schnellstens zur Hilfe eilend, als sie wahrgenommen hatten, daß ihr Genosse nicht zum gemeinsamen Ziele kam. Das laubere Riechlicht wäre wohl kaum so schnell wie dies gelang, ermittel worden, wenn sich nicht ein 12-jähriger Schüler gemeldet hätte, der angab, daß eine von ihm näher bezeichnete Frau Jengin der Tat gewesen sei und die Kasse kenne. Mit Hilfe dieser Frau ist das Raubverbrechen alsbald ermittelt worden und bereits am 4. d. M. sahen die drei hoffnungslosen Jünglinge hinter Schloß und Riegel.

P. Straßenunfälle und kein Ende. Beim Überfahren von einem im Ganzen befriedigten Straßenzug der Linie 10 ist am 4. d. M. abends um 8 Uhr am Georgring gegenüber dem Hotel Stadt Rom eine in der Reichsstraße wohnende Kellnerin der Kellnerin Kellnerin zu Falle gekommen und von dem nachfolgenden Anhängewagen überfahren worden. Die Verunglückte wurde nach der Sanitätskassette im Krankenhaus gebracht, wo anscheinend schwere innere Verletzungen und Schädelbruch festgestellt wurden. Die Frau wurde in das Krankenhaus St. Jakob, Fremdes Verbrechen soll nicht vorliegen. — Auf der Kreuzung der Kirch- u. Wagner- und Wiedestraße hat ein Fieischermeister aus Lindenan, nach Jena abzufahren, infolge zu schneller Fahrt, mit seinem Kraftwagen einen Kinderwagen, in dem sich ein zwei-jähriges Kind befand und der von dessen Mutter gefahren wurde, umgestoßen. Das Kind kam dabei unter den Kraftwagen zu liegen, aber, wie sich ergab, glücklicherweise nur Hautschürfungen im Gesicht erlitten.

P. Verteilung von Betriebsstoff. Der Betriebsstoffstelle stehen auch für den Monat Oktober 1920 wieder größere Mengen Benzin für Verkehrszwecke zur Verfügung, so daß nicht nur Kraftwagen, sondern auch Personenkraftwagen und Kraftroller bei der Verteilung berücksichtigt werden können. Anträge auf Freigabe von Benzin sind unter Verbringung der Zulassungsbescheinigung bis Mittwoch, den 13. Oktober, schriftlich oder mündlich bei der Betriebsstoffstelle der Verkehrsabteilung des Polizeiamts, Dittelsring 3 E. I., Zimmer 5, zu stellen.

Der Schutzbund der Schutzbundisten hält am 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Genossenhaus am Köhlerplatz ein Ereignis ab. Herr Prof. Barth wird u. a. auch einen sehr interessanten Vortrag über die Schutzbundisten halten. Gäste sind willkommen.

Welpenfest oben. Das Oktober-Programm bringt wiederum eine sehr hervorragende Kontraste, die mit ihren Darbietungen für höchste Unterhaltung sorgen. An der Spitze steht das ausgezeichnete Lagerhaus Fred von Gullen und Partner, die bei den Läufern nicht nur das stimmungsvolle, sondern auch das musikalische Moment betont wird, wodurch diese ein besonderes Gepräge erhalten. Ganz reich ist in dieser Hinsicht die Schatulle und auch der Tirilertanz. Als Entschleuniger steht Fred von Gullen seine musikalische Fertigkeit in einem russischen Tanz, wie er ihn schon öfters auch nicht besser getan werden kann. Eine Langspielplatte mit dem Titel „Welpenfest“ wird in einem Originalprogramm gespielt und damit werden diese vielstimmigen Stimmen abgehört. Genauso reich ist die Schatulle auch in diesem Punkte. Auch die Musik durch eigene Begleitung des Orchesters ist in diesem Programm ein hervorragendes Element und ein hübsches Programm bringt die Duetts und Trio (Orchestra), die bei ihren Darbietungen ebenfalls Wert auf Musikalität legen. Das Wort des Anführers verleiht auch in diesem Monat Thea Stein, der außerdem mit prächtigen Chantons die Besucher auf das Beste unterhält. Man ist also am 7. Oktober im Genossenhaus bestrebt aufzutreten.

Andere Abende. Unter Woche hat nun wieder einen Abend im Genossenhaus. Das Kabarett Abende an der Büchsenstraße hat unter seiner artistischen Leitung, und man darf sich schon freuen, Leipzig ist um eine erstklassige Unterhaltung reich. Nicht allein, daß der Raum stimmungsvoll hergerichtet ist, sondern auch die Qualität der Darbietungen von hohem künstlerischen Gehalt sind. Man darf sich freuen, wenn das Kabarett Abende als „Gründer Kabarett“ er bei ein Kabarettisten einen bester Vortrag zu erhalten, in dem die Punkte der Behaupten

Montrose

Detektivroman von Egon Eisele. Berechtigte Übersetzung von Julia Koppel. (Kadaver verbotens.)

Herrn Witz? fragte Keller.
Ja, Witz, obgleich dieser Name besser auf einen jungen Ocken als für den Wirt paßt, der ein furchtbar dicker, schwerfälliger Mann ist, ganz rot und ganz weich, denn er steht immer hinter dem Schenkstisch in einem weichen Anzug mit einer weichen Mütze auf dem Kopf. Herr Witz kannte den Wirt, der allerdings nicht mit ihm sprach, denn der Wirt spricht selten, das Kratzen ihn zu sehr an, aber er gab ihm seine Hand über den Bartstich. Ich kenne diese Begrüßung. Sie bedeutet veritänliche Freundschaft, ein Orangen bedeutet Wiedererhennen, ein kleines Käspchen bedeutet Willkommen. Wenn er sich aber von dem Schenkstisch lösmacht und hervortritt, weiß und rot wie ein drohendes Morgengewölke und den Fuß hebt, dann bedeutet es Abschied, meine Herren, heraus aus meinem Haus, Elender, bedeutet es, und was soll dann der arme Rudolf machen? Sie werden also begreifen, was ich auf Spiel setze, meine Herren, und Sie müssen sehr vorsichtig sein und mich nicht verraten.
Krag warf ihm einen Geldschein zu.
Weiser, sagte er ungeduldig.

Rudolf steckte den Schein mit einer Behandlung in die Tasche, wie nur der sie besitzt, der aus alter Gewohnheit auf einen Schein herauszugeben versteht.
Ich begab mich auf Herrn Urs Zimmer, fuhr Rudolf fort, was ich stets zu tun pflege, um nachzusehen, ob die Reisenden etwas vergessen haben. Menschen sind so vergeßlich. Wenn die Gäste etwas Wertvolles vergessen haben, behalte ich es — bis sie wiederkommen und danach fragen. Ich bin wohlgerichtet, ein ehrlicher Mensch. Wenn es etwas weniger Wertvolles ist, laufe ich hinter den Gassen her und bekomme dann immer ein kleines Trinkgeld. Ich öffne also die Tür und nehme einen Leberkäse über das Zimmer. Niemand versteht es wie ich, meine Herren, in einem einzigen Augenblick ein Zimmer zu übersehen. Die Winste Veränderung entgeht mir nicht. Und da ich ich gleich, daß der Zettel eines schwarzen Kleidungsstückes aus dem Offizier der Zentralheizung heraussteckte. Der Heizkörper ist unter dem Fenster und ist von einem hübschen Messinggitter verdeckt. Nun

mein geliebter Blick konnte den kleinen Zeugnis entdecken. Ich öffne das Offizier (es läßt sich nämlich öffnen) und siehe, was glauben Sie, einen Priesterrock, Abbe Montroses Priesterrock hervor.
Woher wußten Sie, daß es Abbe Montroses Rock sei?
Liebe Herren, antwortete Rudolf, ich hatte ja in der Zeitung von dem zerrissenen Rock gelesen und dieser Rock war genau so zerrissen, wie die Zeitungen es beschrieben hatten. Da dachte ich bei mir: Donnerwetter, der verschwundene Abbe ist hier gewesen, und darauf klopfte ich den Rock wieder auf den Heizkörper. Ich habe keinen lebenden Seele etwas davon gesagt, denn ich wußte ja, daß Herr Urs den Wirt kannte, und ich bin zu klug, um die Geheimnisse des Hotels zu verraten, und bin klug genug, um zu verstehen, daß solche Geheimnisse wertvoll sind.
Er schlug mit Wohlbehagen auf seine Tasche, wo Krag's Schein steckte.
Krag erhob sich.
Wann müssen Sie wieder am Hotel sein? fragte er.
Um neun Uhr.
Schön. Um halb zehn kommen zwei Herren, die in Ihrem Hotel einkehren wollen.
Ich verstehe, ich verstehe, antwortete Rudolf. Was aber wollen die beiden Herren sein? Das Hotel „Zum vergoldeten Pfau“ ist eine besondere Art Hotel, und angewohnte Gäste erwecken Aufsehen.
Sie haben recht, antwortete Krag, was sollen wir denn vorstellen?
Verzeihen Sie, antwortete Rudolf, aber Sie müssen ein Tropfenkühler und der Herr dort ein Wankhänger sein. So ist nun einmal unser Hotel.

IX.

„Zum vergoldeten Pfau“ II

Wankhänger! rief Keller.
Tropfenkühler! sagte Krag — und beide lachten.
Die Herren sollten unsere Fremdenliste sehen, erklärte Rudolf eifrig. Es ist ein ganz besonderes Publikum, das im Hotel „Zum vergoldeten Pfau“ einkehrt. Da das Hotel in der Nähe des Hafens liegt, kommt es vor, daß dieser oder jener Seemann bei uns eintrifft, sonst sind es fast nur Leute, die der Weltreise nachgehen. Einmal, der Schiffsarzt, oben

Miß Rosa, die Löwenbändigerin wecken nicht mehr Aufsehen im „Vergoldeten Pfau“ als ein Großhändlermann im „Palasthotel“. Sie nähern nur die Bestellungen hören: Einmal Kaffee für die Löwenbändigerin. Für den Feuerfresser auf Nr. 6 ein eisernes Pflaster. Ja, ja, so geht es bei uns zu. Aber es kommen auch seine Gäste. Grafen und so... Es ist ein sehr gutes Hotel.
Aber Wankhänger, brummte Keller mürrisch.
Rudolf betrachtete den Detektiv mürrisch.
Dann sagen wir vielleicht lieber Impresario, Spezialist Bögen. Wir haben augenblicklich keine Voger im Hotel, daß paßt also gut. Um halb zehn erwarte ich die Herren, ich werde im Café sein. Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß Sie nicht durch den Torweg, sondern durchs Café hereinkommen. Ueber der Tür ist ein Pfauenschwanz gemalt. Leichtes Handgepäck ist erforderlich.
Nachdem er nochmalige Versicherungen wegen absoluter Verschwiegenheit empfangen hatte, zog Rudolf sich unter Verbeugungen zurück.
Was glauben Sie? fragte Keller.
Ich glaube, daß er die Wahrheit sprach, antwortete Krag, der sehr ernst geworden war. Und ich glaube, daß es Abbe Montroses Rock ist, der auf der Zentralheizung liegt. Es heißt nicht gut aus für den lieben Abbe. Ich fürchte, daß er nicht mehr am Leben ist. Falls er aber ermordet ist, dann hat einer seiner Mörder heute vormittag im Hotel „Zum vergoldeten Pfau“ gewohnt.

Unfassend! sagte Keller, daß Arnold Singer ebenfalls Verbindung mit diesem Hotel hat. Ich glaube, wir sind einer Lösung des Rätsels näher als wir ahnen.
Es wird sich zeigen, antwortete Krag nat.
Das Hotel „Zum vergoldeten Pfau“ lag im Maronastadtviertel, doch nicht in dem schlimmsten Teil desselben. Keller kannte es vom Hörensagen und teilte Krag einiges darüber mit, während sie im Auto dorthinfuhren, jeder mit einer Handtasche versehen.
Es war, wie Rudolf ganz richtig voraussah, ein Artistenhotel. Ein paarmal hatte es unter polizeilicher Aufsicht gestanden. Das eine Mal, als es sich um eine Spielstätte handelte, das andere Mal war ein junger Herr aus der besten Gesellschaft in den Irrgängen des Hotels verschwunden. — wie man behauptete, bei der Jagd nach einer hübschen Seiltänzerin.

(Fortsetzung folgt)

Amtliche Bekanntmachungen

Das Verordnungs- und Ministerium des Reichs hat...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Der Rat der Stadt Leipzig

Der Rat der Stadt Leipzig hat die durch die...

Familien-Nachrichten. Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen...

Stoff Karten. CHARLOTTE PAES WILLI KOPPEN grüßen als Verlobte.

Herr Franz Ozdzinski. Nach kurzem schweren Leiden verschied am Sonntag, den 3. Oktober...

Max Justin Schneidermeister. Feins Gerberei- und Sattlerarbeiten...

Milleverein Israelitischer Gewerbetreibender. Wir betrauen schmerzlichlich den Heimgang unseres langjährigen treuen Mitgliedes...

Israelitischer Verein BIKUR CHOLIM e. V. Der unerwartliche Tod hat wiederum eine Lücke in die Reihen unserer Mitglieder gerissen...

Familiennachrichten aus auswärtigen Blättern. Verstorben: Reinhold Bertha...

Starken Haarausfall. Schwappen, fette gelbliche Haare, welche sich in Unzahl aus dem Kopfe herauslösen...

Tagung der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft in Leipzig vom 4.-6. Oktober. Letzter Verhandlungstag.

Wilmshofer Professor Dr. Koepen erwarb großes Interesse durch eingehende Behandlung der Polarwanderungen...

Die Beobachtung der Dienstpflicht in Frankreich. Nach einer Meldung des 'Journal' ist der französische Geheimpolizist über die Beobachtung der Dienstpflicht auf zwei Jahre festgesetzt...

Die Beobachtung der Dienstpflicht in Frankreich. Nach einer Meldung des 'Journal' ist der französische Geheimpolizist über die Beobachtung der Dienstpflicht auf zwei Jahre festgesetzt...

SLUB Wir führen Wissen. Logo and text for the State and University Library.

Sitzung der Stadtverordneten

Einstimmige Annahme eines Antrages der Unabhängigen wegen der Lebensmittelversorgung. — Zustimmung zur Ueberlassung von Schulräumen an das Arbeiterbildungs-Institut für seine Jugendweihen

Leipzig, 6. Oktober.

Die unerquicklichen Zustände auf dem Kartoffelmarkt, die zu einer Verschärfung der Lebensmittelnot geführt haben, standen auch in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zur Debatte. Die U. S. P. hatte eine Entschließung eingebracht, in der die Regierungen aufgefordert werden, einen Abbau der Preise und eine allgemeine Verringerung der Lebensmittelverhältnisse herbeizuführen. Stadtv. Liebmann beantragte die Entschließung. Er bezog sich auf die am Nachmittag zuvor stattfindenden Preisverhandlungen und schilderte die Not und den Jammer, die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden sind, daß er dabei die Gelegenheit ergriff, das Mittel der sozialistischen Wirtschaftspolitik anzupreisen, versteht sich von selbst. Verwunderlich war es auch nicht weiter, daß seine Rede ins politische Fahrwasser hinüberleitete und schließlich in den Vordergrund im eigenen Lager einmündete. Es ist dann immer ein rechtliches Schauspiel, wenn sich die beiden sozialistischen Parteien ihre Hände vorwerfen. Nun, auch das Redebüchlein Liebmann-Kressin nahm ein weniger aufregendes Ende, und nachdem noch von demokratischer Seite das Gut und Wider der hartnäckigen Zwangswirtschaft erörtert wurde, gelangte man zur einstimmigen Annahme der Entschließung.

Das Interesse an den Verhandlungen, das nach Erledigung dieses Punktes merklich abnahm, hob sich wieder bei der Besprechung mit der öffentlichen Sicherheit in den Straßen der Stadt. Die verschiedenen „maßregeln“ hatten eben doch auch den Stadtv. Liebmann einigermassen angegriffen, und man ließ es sich gern vom Polizeidirektor bestätigen, daß die Bevölkerung von Leipzig verhältnismäßig wenig gewalttätig veranlagt sei!

Einen breiten Raum nahmen die Verhandlungen wegen Ueberlassung von Schulräumen an das allgemeine Arbeiterbildungs-Institut für Jugendweihen ein. Gegenüber dem abweichenden Bescheid des Rates hatte der Schulausschuß Verdrüsslichkeit der Eingabe beantragt. Der Rat und einige Mitglieder des Hauses hoben den parteipolitischen Charakter dieser Verhandlungen hervor, während dies von den Befürwortern der Eingabe mehr oder weniger in Abrede gestellt wurde. Im Widerstreit der Meinungen lag es nun allzu nahe, das Thema Kirche und Schule zu beleuchten. Viel kam dabei allerdings nicht heraus, denn in solchen Dingen haben die Stadtverordneten ihre Grundzüge. Beachtenswert blieb immerhin die Warnung eines Schulausschusses, die Schulen nicht noch mehr als bisher ihrer eigentlichen Aufgabe zu entsagen. Die mündliche Abstimmung dokumentierte den Willen der überliegenden Mehrheit des Kollegiums, die Schulräume auch weiterhin dem Arbeiterbildungs-Institut für die Veranstaltung von Jugendweihen zu überlassen.

—

Am Ratstische anwesend: Die Bürgermeister Roth und Dr. Weber, Polizeidirektor Dr. Kubly und eine Anzahl Stadträte.

Den Vorsitz führt der Vizepräsident Justizrat Dr. C. Junck. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet er dem durch den Tod ausgefallenen Stadtv. Staubinger (Mehr-Soz.) einen ehrenden Nachruf und das Kollegium ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Eingaben.

Eine Eingabe der Vereinigung der Großhändler der städtischen Markthalle zu Leipzig, in der um Aufhebung des Großmarktes gebeten wurde, nahm sich Stadtv. Krimse an. In einer weiteren Eingabe bat der Betriebsrat des Krankenhaus St. Jakob um Entfernung der Straßengänge aus dem Krankenhaus; dieser Eingabe nahm sich Frau Stadtv. Mendelssohn-Warhold (Dem.) an. Die Ueberlassung zu Leipzig wendete sich in einer Eingabe gegen die Beschlüsse, welche das Kollegium in seiner letzten Sitzung zu der Uebernahme der Kinderbeschäftigungen am Schachtelhof in städtische Regie gefaßt hat; Stadtv. Krimse machte die Eingabe zu der feinen.

Tagesordnung

Kenntnis genommen wurde von den Abrechnungen über die Verkehrskapitale zur Beschaffung von Lebens- und Futtermitteln für den 31. März 1920 und die Berichte hierzu.

Eine Lebensmitteldebatte.

Der Vizepräsident Justizrat Dr. C. Junck gab hierauf bekannt, daß von der Fraktion der U. S. P. ein Antrag folgenden Inhalts eingebracht sei:

In den außerordentlich hohen Preisen für Lebensmittel, im besonderen in dem Preis für den Kartoffelmarkt, erkennen die Stadtverordneten von Leipzig eine schwere Gefahr für die Ernährung aller Teile der Bevölkerung.

Das Stadtverordnetenkollegium beruht auf der Forderung, daß die Stadtverordneten lenken die Anwartschaft der verarmten Bevölkerung des Staates und des Reiches auf die Befreiung der Ernährungsmittel für die Bevölkerung des Reiches herbeizuführen werden.

Um schwere Entschärfungen für das Volk zu bewirken und um die gesundheitlichen und sozialen Schäden der Unterernährung zu beseitigen, erlassen die Stadtverordneten von Leipzig die folgende Resolution: Die Lebensmittelversorgung, insoweit für den Abbau der Lebensmittelpreise zu wirken und dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln versorgt wird.

Im besonderen halten die Stadtverordneten eine wesentliche Herabsetzung der Kartoffelpreise und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch und Fett für dringend notwendig. Das Stadtverordnetenkollegium ersucht auch den Rat der Stadt Leipzig, diesem Bescheid beizustimmen und in seinem Sinne auf die städtische Regierung und auf die Reichsregierung einzuwirken.

Der Antrag wurde vom Stadtv. Liebmann (U. S. P.) ausführlich begründet. Er machte zunächst auf die am Nachmittag in Leipzig abgehaltenen, von der U. S. P. und dem Gewerkschaftsrat einberufenen Preisverhandlungen aufmerksam und auf die dort angenommene Entschließung. Besonders eingehend beschäftigte er sich mit der Leipziger Kartoffelversorgung und den Kartoffelpreisen, die er für zu hoch hielt. Leipzig brauche ungefähr 2 Millionen Zentner Kartoffeln; weder die Stadt noch die sächsische Regierung seien in der Lage, genügend Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu liefern, wenn man den Produzenten freie Hand lasse. Die hohen Kartoffelpreise des Vorjahres ließen sich die Leipziger Arbeiterschaft nicht wieder gefallen. Man habe in diesem Jahre eine gute Kartoffelernte; deshalb könnte auch zu niedrigeren Preisen die Bevölkerung versorgt werden. So unangenehm wie mit der Kartoffelversorgung stehe es auch mit der Fleisch- und Butterversorgung. Er kommt weiter auf die Brotversorgung zu sprechen. Es könnten eine Menge Milderungen geschaffen werden, wenn die Regierung rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht würde. Deshalb ersuche er um Zustimmung zu dem Antrage.

Stadtv. Kressin (Mehr-Soz.) erklärt sich mit einigen Einschränkungen mit dem Antrage einverstanden. Er wolle nur feststellen, daß die Unabhängigen der jetzigen Regierung in den Rat gefaßt seien. Im übrigen hätten die Unabhängigen alle Ursache, auch in den Reihen Umfassen zu halten. Der Konsumverein treibe ebenso für die freie Wirtschaft ein, wie die Handelskammern.

Stadtv. Herz (Dem.) führt aus: Wir können uns nicht davon

überzeugen lassen, daß mit der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft der Not unserer Zeit beizukommen wäre; im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß die Zwangswirtschaft zu dem moralischen Niedergang beigetragen hat. Die Zwangswirtschaft ist schuld an dem Aufkommen des Schieberhandels. Die Regierungen und Kommunen können von einem Teil der Schuld an den gegenwärtigen Notizen nicht ganz freigesprochen werden, aber man soll doch nicht ungerecht sein und den Regierungen und Kommunen nur Vorwürfe machen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß mit den Mitteln, die in dem Antrage empfohlen werden, eine Besserung der Verhältnisse erreicht wird. Es ist nur ein Schloß in die Luft. Verändert wird die Sache nur, wenn der letzte Rest der Zwangswirtschaft fällt.

Stadtv. Werner (Mittl.) bemerkt, daß es heute noch keine völlig freie Wirtschaft bestünde. Der Höchstpreis für Kartoffeln sei von der Regierung auf 25 M festgesetzt worden, trotzdem habe sie den Landwirten selbst 30 M, um sich Referenzen zu schaffen. Manche Landwirte wollten das Geld gar nicht annehmen. (Großes Gelächter.) Jawohl, ich kann solche Landwirte nennen! (Stadtv. Liebmann ruft: Weigen Sie mal ein solches Exemplar herbei!)

Nach einer kurzen Polemik zwischen Stadtv. Liebmann und Kressin und einigen Ausführungen des Unabhängigen Junck (U. S. P.) und Stadtv. Weidert (Dem.) wird der Antrag einstimmig angenommen.

Eingaben.

Die Eingabe, die gesamte Angelegenheitsverwaltung, einschließlich Vertilgung der Mücken, Ratten und Mäuse, zu verstaatlichen und der Desinfektionsanstalt zu übertragen, ließ man auf sich beruhen.

Stadtv. Dr. Popitz (U. S. P.) bemerkt, daß man mit der privaten Angelegenheitsverwaltung nicht auskomme, trotzdem stehe er nicht an, den Ausschüssen zuzustimmen.

Vizepräsident Justizrat (Mehr-Soz.): Es sei im Finanz- und Wirtschaftsausschuß betont worden, daß die Eingabe viel besser begründet worden wäre, wenn besonders auf die hygienischen Gründe hingewiesen worden wäre. Die Verstaatlichung sei aber durchaus nicht dringend.

Zur Eingabe wegen der Straßenschilderung wurde beschlossen, die Eingabe dem Rat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Eingabe wegen sofortiger Verstaatlichung des polizeilichen Wacht- und Schutzbüros im Artilleriestraßenviertel, gegebenenfalls unter Mitwirkung der Landespolizei, ließ man auf sich beruhen.

Stadtv. Prof. Herz (Dem.) bezeichnete die Sicherheit in dem Artilleriestraßenviertel als gering, besonders bei der dort herrschenden ungenügenden Beleuchtung. Er stellte den Antrag, die Eingabe dem Rat zur Erwägung zu überweisen.

Polizeidirektor Dr. Kubly hält es für ungewöhnlich, wenn man jetzt die Polizei verstärken wolle. Die Regierung habe auch bereits Sperroverordnungen gegen eine Vermehrung der Polizei erlassen, weil das Überbeweisen geregelt bzw. vereinbart werden soll. Im übrigen könne er feststellen, daß die Zahl der Verbrechen in Leipzig abnehme; die Polizei habe in der letzten Zeit eine glänzende Arbeit geleistet. Schließlich habe man noch die Landespolizei vor der Stadt, deren Zulassung nicht möglich sei, allerdings unter Wahrung der polizeilichen Hoheit der städtischen Polizei und unter der Leitung der letzteren. Die Landespolizei habe allerdings erklärt, daß sie ihre Zustimmung dazu nicht geben könne.

Bei der Abstimmung wurde dem Ausschussantrag zugestimmt.

Verabschiedet.

Der Ankauf eines Phänomobils für die Notwehr und Nachbewilligung von 36 000 M fand Zustimmung.

Die Rechnung der Stadtkellerei auf das Jahr 1918 wurde richtig gesprochen.

Die Nachbewilligung von 4400 M für bauliche Veränderungen an der Heizungsanlage des Polizeigebäudes fand Zustimmung.

Gegen die Nachbewilligung von 7700 M für Instandsetzung des linken Refekts der Zentralheizung in der 47. Volksschule lagen Bedenken nicht vor.

Die Beschaffung von vier Radfahrern und zwölf Klassenfahnen für die Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, sowie Bewilligung des Betrages von noch 17 650 M hierzu auf den Sonderhaushaltplan der Schulgemeinde, Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen wurde genehmigt.

Zur Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes in den gemeinsamen Schulausschuß wurde vorgeschlagen: a) Stadtv. Drehslein (für Stadtv. Breslauer) als Mitglied und b) Stadtv. Breslauer als Ersatzmitglied. Es wurde demgemäß beschlossen.

Nachher wurde der Betrag von 3300 M für den Einbau einer elektrischen Beleuchtungsanlage in die Turnhalle der 21. Volksschule zu Lasten des Kontos „Schulgemeinde“.

Die Referentin Frau Stadtv. Oßy (Dem.) bemerkte dabei persönlich, daß von einem Mitgliede des Schulausschusses gewünscht worden sei, im Hinblick auf die viele Benennung der Schule wegen besserer Einrichtungen und Beleuchtung an den Rat heranzutreten; die Anlagengelder würden sich bald bezahlt machen.

Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen auf Bauten

Zu längeren Ausführungen führte alsdann:

A) Ratbeschluss, zum Zwecke der Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen auf Bauten im Stadtgebiet von Leipzig zwei Bauaufsichtswarte aus Arbeiterkreisen vom 1. November 1920 ab anzustellen und die hierzu nötigen Mittel von 10 000,10 M nachzubewilligen;

B) Eingaben wegen der Anstellung von zwei Bauaufsichtswarten aus Bauarbeiterkreisen.

Der Hochbau- und Tiefbauausschuß beantragte:

zu A 1. dem Ratbeschluss unter den Bedingungen zuzustimmen, daß

a) die Bauaufsichtswarte aus Vorschlagslisten der Bauarbeiter-Schutzkommission, als Vertreterin der gewerblichen Bauarbeiter-Organisationen, vom Rate gewählt werden,

b) den Bauaufsichtswarten das Recht zugesprochen wird, im Falle der Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen zu verhaften,

c) die Bezahlung der Bauaufsichtswarten den tariflichen Löhnen der Bauarbeiter angepaßt wird;

2. den Rat zu ersuchen, die für die Bauaufsichtswarte aufzufüllende Dienstausweisung den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorzulegen;

zu B 3. die Eingaben dem Rat erledigt zu erklären.

In der Aussprache hierüber erklärte Stadtv. Kressin (U. S. P.), der Rat habe wohl die Vorlage eingebracht, aber von der Zweckmäßigkeit sei er nicht überzeugt, zumal in dieser Zeit, in der überhaupt nicht gebaut werde. Die Eingabe zeige, wozu in Zukunft der Weg führen soll. Die Bauwerke könnten doch nicht gleichzeitig angestellt werden und der Arbeiterschutz-Kommission und dieser verantwortlich sein. Ein derartiger Zustand sei einfach unmöglich.

Stadtv. Krüger (U. S. P.): Ueber die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Bauaufsichtswarte braucht man kaum noch Worte zu verlieren. Er bittet, den Anträgen der Ausschüsse zuzustimmen.

Stadtv. Sommer (Dr.-Ing.): Man kann nicht sagen, daß die technischen Baubeamten das Vertrauen der Arbeiter verloren haben.

Bürgermeister Roth wendet sich gegen den Antrag A der Ausschüsse, denn er bedeute eine gewaltige Einschränkung des Wahl- und Anstellungsrechts des Rates; darauf werde sich der Rat nicht einlassen.

Stadtv. Schumann (U. S. P.) erklärt, daß die Bauarbeiter schon seit Jahren sich ernstlich um den Arbeiterschutz bemühen und die Arbeiter-Organisationen große Summen zur Schaltung von Kontrollen aufgewendet hätten. Was diese schon geleistet hätten, könnten die Bauarbeiter am besten ermesen.

Stadtv. Hagen (Mehr-Soz.): Wenn Bürgermeister Roth erklärt, daß der Rat sich das Anstellungsrecht der Bauaufsichtswarte nicht nehmen lasse, so wäre es richtiger, den Antrag 1a dahin abzuändern, daß die Bauaufsichtswarte aus den Kreisen der Bauarbeiter-Organisationen entnommen werden.

Nachdem Stadtv. Wänschmann (Dem.) sich gegen Punkt b gewendet hatte, weil er nicht zustimmen könne, daß den Bauaufsichtswarten das Recht zugesprochen werde, das Weiterarbeiten zu verbieten, und die genannten Arbeiter später nochmals das Wort genommen hätten, wurde den Anträgen der Ausschüsse zugestimmt, zu Antrag 1a jedoch der Abänderungsantrag Hagen angenommen.

Zu der Eingabe wegen Ueberweisung der 48 stündigen Arbeitswoche in den städtischen Betrieben usw., hatten Verfassungs- und Finanzausschuß beantragt, die Eingabe, soweit sie die Ueberweisung der 48 stündigen Arbeitswoche betrifft, dem Rate zur Berücksichtigung zu überweisen, im übrigen auf sich beruhen zu lassen. Dem Antrage der Ausschüsse wurde einstimmig zugestimmt.

Die Eingabe wegen Befestigung des Raummanells um in der Volksschule 5a wurde dem Rate zur Berücksichtigung überwiehen.

Die Jugendweihen des Arbeiterbildungs-Instituts

Zu der Rückführung des Rates wegen der Ueberlassung von Schulräumen am Vormittag des Palmsonntags an das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut für Jugendweihen usw., hatte der Schulausschuß beantragt; das Kollegium erhebt Widerspruch gegen den abweichenden Bescheid des Rates und hält an seinem Bescheid vom 23. April d. J. auf Berücksichtigung der Eingabe fest.

Stadtv. Hagen (Mehr-Soz.) wünscht Auskunft vom Rat, ob bei den bevorstehenden Landtagswahlen vom Rate die Schulturnhallen den Parteien überlassen werden.

Bürgermeister Roth beahdt diese Frage. Was aber die Ueberlassung der Schulräume zu Schulweihen des Allgemeinen Arbeiterbildungs-Instituts betrifft, so gehe aus der Begründung hervor, daß dabei sozialistische Redner sprechen sollen. Die Jugendweihen sollten also ein Mittel für politische Agitation sein. Aus diesen Gründen müsse die Ueberlassung von Schulräumen verworfen werden.

Stadtv. Freitag (U. S. P.) bemerkt, daß von parteipolitischen Reden bei den Jugendweihen nicht die Rede sein könne, sondern es handle sich darum, daß die Jugendweihen in geeigneten Räumen stattfinden.

Stadtv. D. Jeremias (Mittl.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Ueberlassung von Schulräumen zu derartigen Jugendweihen, da die Feststellungen ergeben hätten, daß diese Weihen tendenziösen Charakter trügen. Es handle sich bei diesen Weihen um Demonstrationen gegen die Palmsonntagsfeier. Er stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Stadtv. Herz (Dem.): In der Zeit der Raumnot wird es unausweichlich sein, daß Schulräume bei den Landtagswahlen zur Verfügung gestellt werden. Er werde dem Antrag der Ausschüsse zustimmen, wünscht aber, daß bei den Jugendweihen politische Beeinflussung unterbleibe.

Stadtv. Köllig (U. S. P.) machte sich ebenfalls gegen die Ueberlassung der Schulen, weil diese Räume selbst bedürftig. Die Schulräume dürften nur schulischen, aber zu keinerlei anderen Zwecken dienen.

Stadtv. Diehe (Dem.) bemerkt, daß die Jugendweihen in Bremen sogar in den Kirchen abgehalten würden, deshalb solle man auch dem Leipziger Arbeiterbildungs-Institut würdige Räume überlassen. Er werde für den Antrag stimmen.

Stadtv. Weidert (Dem.) stellt keine Gefahr für kirchliche Feiern, wenn man dem Antrage zustimmt. Leicht werde ihm die Zustimmung allerdings nicht.

Bürgermeister Roth: Der Stadtv. Freitag habe selbst anerkannt, daß die Jugendweihen tendenziösen Charakter trügen. Wir müssen uns dagegen wehren, daß die politische Agitation in die Schulen getragen wird.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Schulausschusses mit 45 gegen 17 Stimmen angenommen; dem Arbeiterbildungs-Institut sollten also in Zukunft die Schulen für ihre Jugendweihen überlassen werden.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Wetterbeobachtungen in Leipzig

Oktober	Lufttemper. Celsius	Windgeschw. m/sec	Temperat. -Unterschied am 6. 10. 1920, 9 Uhr	Wetterzustand	Wegener'scher Wetterverlauf
6. abds. 9 U.	+12,1	86	Höchste T. +15,8	trüb, trocken	Stille
6. früh 7 U.	+8,1	91	Tiefste T. +7,5	hell, trocken	Stille
6. mitt. 2 U.	+16,1	74	Niedrigste 0,0	böiger, trocken	Witterung

DEGEA

das Qualitätseisen
Das elektrische Bügeleisen „Degea“ ist von musterhafter Ausführung, gediegen, praktisch, preiswert. Überall erhältlich.
Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft

Handels-Zeitung

Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat. Die Generalversammlung...

Neue Ausdehnung des Stinnes-Konzerns. Eine neue Generalversammlung...

Rhyniker Steinkohlengewerkschaft in Rybnik (Oberschlesien). Die Geschäftslinge...

Lastkraftwagen-Akt.-Ges. in Leipzig. Nach dem am erst nach der Generalversammlung...

Horchwerke, Akt.-Ges. in Zwickau. In der für 28. Oktober einzuberufenden...

Nationale Automobil-Gesellschaft in Berlin. Die Gesellschaft beirrat...

Apollwerke, Akt.-Ges. in Apolda. Bei dem Unternehmen sind...

Jagenberg-Werke, Akt.-Ges. in Düsseldorf. Nach dem Geschäftsbericht...

Zur Lage des deutschen Webstoffgewerbes. In der Stoffweberei...

Bachmann & Ladewig, Akt.-Ges. in Chemnitz. Wie die Verwaltung...

Essäsisch-Endische Wollfabriken, Akt.-Ges. in Forst i. L. Der Geschäftsjahr...

Joh. Ludw. Kanniger & Söhne, Akt.-Ges. (Handschuh u. Leder). Auf Fabrikationskonto...

Englisches Jutesyndikat. Die Bildung eines Syndikates in der englischen...

Anverkauft Anleihe. Wie uns mitgeteilt wird, sind die vor einigen Tagen...

Die Thüringische Spielwarenindustrie, die jetzt schwer leidet, beantragt...

Pommersche Papierfabrik Hohenkrug. Einschließlich Vortrag stellt sich...

Proz. die bisher höchste Dividende verteilt worden bei 120 000 M. Ueberweisung...

Akt.-Ges. Münchener Chromolith. Kunstanstalt. Das letzte Geschäftsjahr...

Freiermähdigung für Möbel. Der Verband sächsischer Möbelfabrikanten...

Niederläsitzer Eisenbahngesellschaft wieder 2 1/2 Proz. auf Stammaktien...

Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft. Das Unternehmen hat sämtlichen...

Neue Rheinischfabrik-Gesellschaft. Unter der Firma Neptun, Transport- und Schiffahrt...

Irrige offiziöse Berichterstattung. Vom Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes...

Zuletzt sind wesentliche Einwirkungen gegen die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums...

Ostbank für Handel und Gewerbe. Wie die Direktion mitteilt, hat der Aufsichtsrat...

Königsberger Bank. Die Direktion hat den Aufsichtsrat gebittet, die Bank nach Königsberg...

Devisenkurse vom 6. Oktober. New York 63 1/2-64, London 222-224, Amsterdam 1970-1980...

Kurse im Leipziger Freiverkehr. An 6. Oktober notierten hier: Anglo-Pol. 154,50...

Die Dresdner Börse vom 6. Oktober. Die Börse schritt heute teilweise zu größeren Abgaben...

Die Thüringische Spielwarenindustrie, die jetzt schwer leidet, beantragt...

mann (805-820) und Lea (180-204) gestiegen, wegen u. a. Strohstoff...

Kurse der Berliner Börse am 6. Oktober

Table with multiple columns listing stock prices for various companies like Anglo-Pol., Anglo-Sächs., etc.

Ergänzung zum Berliner Kurs vom 6. Oktober

Table with multiple columns listing additional stock prices for companies like Anglo-Pol., Anglo-Sächs., etc.

Marktberichte

Bremen, 6. Oktober. Baumwolle. Einrückung für fully middling 47 M. Liverpool, 6. Oktober...

New York, 6. Oktober. Baumwolle. Loko middling 24,25. October 21,25, November 21,25...

Berlin, 6. Oktober. Metallbörsen. Notierungen der Kommissen des Metallbörsen-Vorstandes...

London, 5. Oktober. Silber 37,25. Lieferung Gold 117,10. Kupfer, Heftelnoten 105-106...

Berlin, 6. Oktober. Elektrolytkupfer. Notierung d. Ver. t. d. dt. Elektrolytkupfer 204 M. per 100 kg...

Zusammenstellung der ausfuhrbaren Waren. Der Präsident der Handelskammer Leipzig...

Leipziger Warensteigerung. Es erzielten 100 Zentner Karottensamen...

Die gestrige Leipziger Warenbörse setzte in elektrotechnischen Artikeln...

Von der gestrigen Berliner Produktionsbörse wird gemeldet: Die meisten...

Johimbin gegen vorzeitige Erchaffung. König Salomo-Apothek, Grimsche Straße 11

Advertisement for 'STÄATL. FACHINGEN' featuring a circular logo and text about health benefits.

Advertisement for 'STÄATL. FACHINGEN' with text: 'Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus...'.

Advertisement for 'STÄATL. FACHINGEN' with text: 'Johimbin gegen vorzeitige Erchaffung...'.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.